Nr. 160 — Jahrgang 17 Einzelnummer 0,20 Zl. Donnerstag, den 16. Juli 1931

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielsko, Republikanska Nr. 41.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0.80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 31. 7. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. – Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Die deutsche Sozialdemokratie an das Volk

Zusammenbruch der antimarxistischen Lüge — Staatliche Kontrolle über die Riesenunternehmungen Sicherung der Ansprüche auf Lohn und Gehalt — Gegen die nationalistischen Paraden

Berlin. Der Parteivorstand, der Parteiausschuß und die Kontrollkommission der SPD haben in gemeinsamer Sitzung am Dienstag eine Kundgebung „An das deutsche Volk“ beschlossen, die, wie das Nachrichtenbüro des VDZ meldet, u. a. besagt: Die Krise hat sich verschärft. Zusammenbrüche großer Industrie- und Bankunternehmungen zeichnen ihren Weg. Mit ihnen bricht die Lüge der „marxistischen Mißwirtschaft“ zusammen, die erfunden wurde, um von den wahren Schuldigen abzulenken: dem kapitalistischen System und seinen Vertretern. Die bankerotten Finanzmagnaten und Industrieherzöge sind keine Marxisten, sondern Geldgeber der antimarxistischen Propaganda. Die Sozialdemokratie fordert seit Jahren unermüdlich die Stärkung des gemeinwirtschaftlichen Einflusses die Unterstellung der kapitalistischen Riesenunternehmungen unter die wirksame Aufsicht des Staates. Die Forderung blieb unerfüllt. Jetzt verlangen die bankerotten Bekämpfer des Marxismus Rettung durch den Staat. Das kapitalistische Unternehmertum ruft nach Hilfe des Auslandes. Aber ein wesentlicher Teil dieses Unternehmertumes hat den verhängnisvollen Wahlsieg der nationalistischen Reaktion im September v. Js. gezeigt, und ihr kreditzerstörendes Treiben bis zum heutigen Tage mit allen Mitteln gefördert. In der Stunde der Gefahr fordern wir entschlossene Umkehr. Der Selbstwirtschaft der Banken und der Schwerindustrie, die die Wirtschaft in den Abgrund führt, muß ein Ende bereitet werden. Staatliche Hilfe ist nur gerechtfertigt, wenn der staatliche Einfluß im Interesse der Allgemeinheit dauernd gesichert bleibt. Eine gründliche Vereinigung der Wirtschaft muß herbeigeführt werden, ohne Rücksicht auf kapitalistische Sonderinteressen. Arbeiter und Angestellte sind durch unbedingte Sicherung ihrer Ansprüche auf Lohn, Gehalt oder Unterstützung von den verderblichen Folgen der Krise, deren unschuldige Opfer sie sind, zu schützen. Mit Nachdruck erneuern wir die Forderung nach Abänderung der Notverordnung vom 5. Juni, nach Beseitigung des sozialen Unrechtes.

Ausländische Hilfe in ausreichendem Maße tut Not. Dazu bedarf es einer Außenpolitik der Verteidigung, die weder mit herausfordernden Haßparaden belastet ist, noch auf leere Prestigebedürfnisse Rücksicht nimmt.

Der Aufruf schließt mit einem Appell zu planvoller friedlicher Zusammenarbeit für das Volk.

Die Sitzung des Reichsausschusses der SPD dauert an. Es ist nicht damit zu rechnen, daß die Sozialdemokratie sich im Augenblick der Forderung der Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen auf Einberufung des Reichstages anschließen wird. Ein Termin für die Einberufung des Aeltestenrats des Reichstages konnte noch nicht festgesetzt werden, weil Reichstagspräsident Löbe an den Beratungen der Parteiinstanzen teilnimmt.

Keine deutsche Bitte im Ausland

Der Reparationsausschuß tagt — Die Lohnzahlung gesichert

Berlin. Der Wortlaut der Mitteilung, die die VZZ am gestrigen Montag veröffentlichte, könnte den Eindruck erwecken, als ob das deutsche Reich im Auslande um Hilfe gebeten, bezw. für sich selbst ausländische Kredite nachgesucht hätte. Demgegenüber wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß das Reich durch seine Botschafter die in Frage kommenden Regierungen lediglich auf den Ernst der deutschen Wirtschaftslage hingewiesen hat.

*

Berlin. Der Reparationsausschuß des Reichskabinetts beriet heute in Gegenwart des Reichsbankpräsidenten die Maßnahmen zur Stützung des Kreditsystems. Es handelt sich um Wiederzulassung der Rentenbanknoten, Erlaß eines Moratoriums und Herabsetzung der Noten-Deckungsgrenze. Die Frage der Rentenbanknoten hat das Kabinett schon mehrfach beschäftigt. Theoretisch wäre gegen die Zulassung, die wohl mit Hilfe einer eigens zu diesem Zweck zu gründenden Lombardbank erfolgen würde, der die Reichsbank die Bankscheine zur Verfügung stellen müßte, kaum etwas einzuwenden. Die Rentenbankscheine sind durch den gesamten deutschen Grundbesitz hypothekarisch gesichert. Es wird aber befürchtet, daß ihre Wiederzulassung nur noch größere Beunruhigung ins Volk bringen und zum Hamstern verführen würde. Das würde wiederum ein Anziehen der Preise zur Folge haben, so daß der Umlauf an Zahlungsmitteln erst recht nicht mehr ausreichen würde.

*

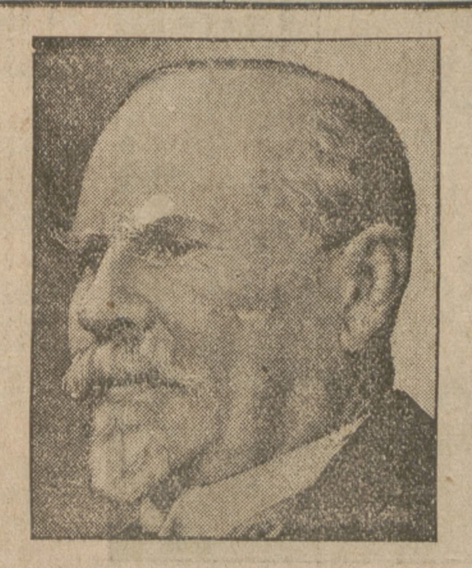
Berlin. Wie wir zuverlässig erfahren, stehen der Reichsbank Zahlungsmittel voll zur Verfügung, so daß sich glücklicherweise gewisse Alarmnachrichten über eine Gefährdung der Lohnzahlung für die Arbeiter in der Montanindustrie nicht bestätigen. Die Privatbanken dürften vielmehr angewiesen werden, die für die Lohnzahlung benötigten Summen den Verwaltungen in voller Höhe herauszugeben. Wie im rheinisch-westfälischen Revier ist auch in Oberschlesien seitens der Werke für die Auszahlung der Löhne, die bei einer Verwaltung wie seit Jahren üblich am Mittwoch, bei den übrigen nach den tarifvertraglichen Bestimmungen erst am Sonnabend vorgenommen wird, hinreichend Vorsorge getroffen worden.

Vor Donnerstag keine neuen Maßnahmen zu erwarten

Berlin. Wie die Telegraphen-Union erfährt, werden am Dienstag und Mittwoch Besprechungen der zuständigen Regierungsstellen mit Finanz- und Wirtschaftskreisen stattfinden, so daß sich am Donnerstag vormittag, spätestens am Donnerstag nachmittag, ein Bild über die neu zu ergreifenden Schritte ergeben wird.

Gegen eine Stockung der Steuerzahlungen

Berlin. Die bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse haben in gewissem Umfange zu einer Stockung der Steuerzahlungen geführt. Eine derartige Stockung muß im Interesse der Allgemeinheit mit allen Mitteln bekämpft werden. Gerade in Zeiten, wie den gegenwärtigen, ist besonderer Wert darauf zu legen, daß jeder seinen steuerlichen Verpflichtungen pünktlich nachkommt. Gehen die geschuldeten Steuern nicht pünktlich ein, so wird, wie bisher, mit Einziehung im Nachnahmeverfahren, Mahnung u. Beitreibung vorgegangen werden. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß auch trotz der beiden Bankfeiertage Steuerüberweisungen von der Banken, Sparkassen und Postscheckämtern, sowie Scheckzahlungen jederzeit vorgenommen werden können. Dies gilt auch für die Inhaber von Konten bei der Darmstädter und Nationalbank.



Prof. Dr. Ludwig Gurlitt

der verdienstvolle Förderer des neuzeitlichen Erziehungswesens, und hervorragende pädagogische Schriftsteller, starb 76jährig in Freudenstadt.

Schadenfreude

Die Finanzlage im Reiche ist zweifellos nicht rosig, und das, was gegenwärtig dort vor sich geht, erinnert nur zu sehr an das erste Kriegsjahr 1914 in den einzelnen Staaten, die sich im Kriegszustand befunden haben. Auch damals waren die Banken belagert, weil die Spareinleger ihr Guthaben beheben wollten, zumal sie um ihr Geld besorgt waren. Um einer Panik vorzubeugen, wurde das Moratorium verhängt und die Behebung der Spareinlagen wesentlich eingeschränkt. Dasselbe ist auch jetzt durch eine Notverordnung der Reichsregierung geschehen, indem die Banken für zwei Tage geschlossen wurden. Die Börse bleibt drei Tage lang geschlossen. Eine solche Maßnahme gewährt zwar den Banken eine kurze Atempause, aber sie ist womöglich geeignet die Panik noch weiter zu steigern. Die Banken haben bereits vor der Veröffentlichung der Notverordnung zur Selbsthilfe gegriffen und zahlten nur einen gewissen Prozentsatz des Guthabens aus. Inzwischen verhandelt der Reichsbankpräsident mit der internationalen Finanzerie und bemüht sich eine große Anleihe für Deutschland zu erwirken. Man spricht von einer Milliarde Mark, die aber im gegenwärtigen Moment kaum genügen dürfte, um eine Beruhigung der Gemüter herbeizuführen.

Diese schwierige Finanzlage in Deutschland kann nicht ohne Wirkung auf die anderen Länder in Europa bleiben. Sie wirft ihre düsteren Schatten weit über die Grenze des deutschen Reiches, denn das wirtschaftliche Leben ist trotz der hohen Zölle miteinander innig verbunden. Polen befindet sich zwar immer noch in einem Wirtschaftskrieg mit Deutschland, aber es ist ein offenes Geheimnis, daß trotz des Wirtschaftskrieges der polnische Außenhandel von Deutschland im hohen Maße abhängig ist. Eine Erschütterung im wirtschaftlichen und finanziellen Leben in Deutschland muß sich naturgemäß auch bei uns bemerkbar machen.

Die polnische Presse, besonders die der offiziellen Richtung, empfindet eine Art Schadenfreude über die schwierige Finanzlage in Deutschland. Es hat den „Feind“ getroffen, den man haßt und gegen den gehetzt wird. Dieser Teil der Presse ist fest überzeugt, daß die deutsche Finanzsorge an der polnischen Grenze Halt machen wird. Aber man ist der Sache nicht ganz sicher, denn man spricht gleichzeitig von Bewahrung „ruhiger Nerven“. Hat doch erst unlängst der Vizeminister Starzynski in seiner Rede geäußert, daß die Wirtschaftskrise in Polen darauf zurückzuführen ist, daß die kurzfristigen Auslandskredite eingezogen werden. Der Vizefinanzminister hat die Wahrheit gesprochen, denn dasselbe trifft auch für Deutschland zu, mit dem Unterschied, daß Polen nur geringe Auslandskredite hat, während Deutschland viel davon untergebracht hat. Die schleppende Wirtschaftskrise hat bewirkt, daß das Auslandskapital scheu geworden ist und zieht sich fluchtartig zurück. Das hat die Finanzlage im Reiche kritisch gestaltet, denn zusammen mit dem Auslandskapital ist auch das Inlandskapital scheu geworden. Das Unglück zieht nach sich immer größere Kreise, und man gewinnt den Einduck, daß die Finanzpolitik der großen deutschen Banken, besonders was Kreditgewährung anbetrifft, nicht einwandfrei dasteht. Sie haben leichtfertig Kredite gewährt, haben große Geldsummen in Unternehmungen festgelegt, die sie nicht flüssig machen konnten, und als die Panik entstand, da waren sie nicht gerüstet und der Aufgabe nicht gewachsen, weshalb die Panik nur noch gestiegen ist. Die große Pleite des Textilkonzerns „Nordwolle“ mit der Unterbilanz von 250 Millionen Mark, hat die Banken arg hereingelegt und es ist noch Schlimmeres zu befürchten. Doch wollen wir bei unserem Thema bleiben.

Polen muß die Nerven behalten — ermahnt die Sanacjapresse, und der Krakauer „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ spricht sogar von „Drahtverhauen“ zwischen Reichsmark und Zloty. Man vertritt hier die Ansicht, daß der Zloty von der Mark völlig unabhängig sei, und daß man sich von Berlin jetzt völlig isolieren wird. Weiter stellt die Sanacjapresse fest, daß wir eine „starke Regierung“ haben, die den starken Willen bekundet hat, die Krise zu überdauern, daß wir keine kurzfristigen Kredite haben, die davonlaufen könnten, daß die Bank Polski gut fundiert ist und ihre Reserven annähernd 100 Millionen Dollar ausmachen, daß der polnische Geldumlauf gesund und die Handelsbilanz aktiv ist. Jeder tröstet sich so gut er kann und deshalb brauchen wir das der Sanacjapresse nicht übel zu nehmen. Es genügt nur, wenn die Spareinleger in Polen,

so wie beispielsweise in Deutschland, kopfscheu werden, dann hilft weder die „starke Regierung“ noch die fest fundierte Bank Polski, und am wenigsten der gesunde Geldumlauf. Das Unglück ist leicht geschehen.

In Wirklichkeit sieht es bei uns gar nicht so rosig aus, wie das die Sanacjapresse behauptet, im Gegenteil, die Situation ist nach wie vor sehr kritisch. Polen hat genau dieselben Sorgen wie Deutschland. Das Gleichgewicht im Staatsbudget sieht gar nicht so rosig aus, denn die Ausgaben für die ersten drei Monate haben 680 Millionen Zl ausgemacht, was im Verhältnis zu den Jahresausgaben 2700 Millionen beträgt. Die Einnahmen brachten in den drei Monaten 603 Millionen Zloty ein oder 2400 Millionen im Jahre. Die Regierung hat zwar die Ausgaben durch Abbau der Beamtengehälter auf 2400 Millionen Zl. gekürzt, aber das bezieht sich nicht mehr auf das erste Vierteljahr. Der Monat Juni brachte 219 Millionen Ausgaben und 202 Millionen Einnahmen. Die Ausgaben bewegen sich zwar im Rahmen des gekürzten Budgets, aber die Einnahmen werden die gekürzten Ausgaben nicht mehr decken können. Auch ist es fraglich, ob die Einnahmen bereits die tiefste Grenze erreicht haben. Wie man aus dieser heiklen Situation heraus will, ist nicht klar.

Auch die Situation im Bank Polski, sieht gar nicht so rosig aus, wie das die Sanacjapresse behauptet. Im Vergleich zum Vorjahre ist die Deckung um 58 Millionen Zloty zurückgegangen und nachdem die Nachfrage nach den Auslandsdevisen eine sehr rege ist, so muß mit einer weiteren Sinkung der Deckung im Bank Polski gerechnet werden.

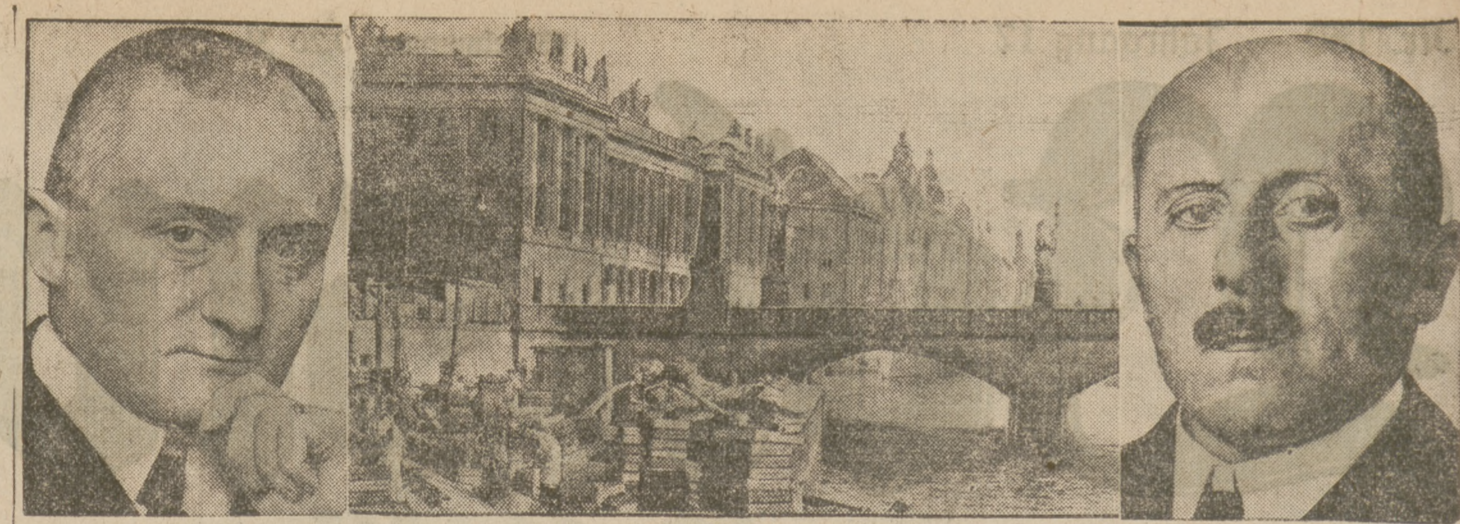
Nur in einer Hinsicht stimmen wir dem polnischen „Optimismus“ zu, obwohl die Sanacjapresse am wenigsten das Recht hat, sich hier zu beklagen. Zweifellos wurde die schwierige Finanzlage in Deutschland zum guten Teil durch nationalistische Verrücktheit mitverschuldet. Hitler und Stahlhelm, das sind die Faktoren, die die Finanzlage in Deutschland in Mißkredit brachten, weil sie durch ihr unverantwortliches Treiben das Vertrauen des Auslandes zum Reich untergraben haben. Diese Tatsache läßt sich nicht leugnen. Selbst in den letzten Tagen, hat die nationale Verrücktheit in Deutschland ihr Haupt erhoben und sie will nicht schweigen und droht die ganze Sanierungsaktion der Regierung zu durchkreuzen. Noch am vergangenen Sonnabend, als die Regierung in Permanenz tagte, wurde ein Kavalleriefest in Dresden unter Leitung des Feldmarschalls Mackensen abgehalten, wobei 15 000 Soldaten der ehemaligen Armee vor Mackensen defilierten. Das ist das böse Gespenst, das man in Deutschland nicht los werden kann. Das demokratische Deutschland muß jetzt alle Kräfte sammeln, um das Volk vor dem ärgsten zu bewahren und um dieses Schreckgespenst zu bannen.

Henderson über seine Mission in Paris und Berlin

London. Auf der Fahrt von Calais nach Paris erklärte Henderson gegenüber einem Vertreter des Reuterbüros unter Bezugnahme auf die Unterredungen, die er in Paris und Berlin haben wird, ihr gemeinsames Ziel bestehe vor allem darin, die Meinungsverschiedenheiten auszugleichen und das Werk Hoovers vorwärts zu bringen. In verschiedenen Kreisen sei die Meinung aufgetaucht, daß die britische Regierung ihr Hilfe für Deutschland mit verschiedenen Bedingungen verknüpfe. Dem sei nicht so. Die britische Regierung habe den Plan Hoovers vorbehaltlos angenommen und sie wünschen lediglich eine Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten zu finden. Er, Henderson, vertraue darauf, daß er in Paris und Berlin die gleiche Auffassung finden werde. Im weiteren Verlauf seiner Erklärungen betonte der britische Außenminister besonders, wie es auch sei, alles zu tun, um eine französisch-deutsche Verständigung zu fördern, weil sie in Europa größeres Vertrauen und eine Atmosphäre des guten Willens schaffen werde, die für einen Erfolg der Abrüstungskonferenz außerordentlich wichtig sei.

Einschränkung der Weltzinkproduktion

Brüssel. „Independance Belge“ berichtet, daß nach einer Meldung aus Ostende die dort seit Freitag zwischen den Weltzinkproduzenten gepflogenen Verhandlungen gestern zu einem positiven Ergebnis gelangt seien. Auf Grund dieses Abkommens werde die Weltproduktion um 45 Prozent eingeschränkt werden. Für den Fall der Ueberschreitung der zulässigen Produktion seien schwere Geldstrafen vorgesehen. Das Abkommen gelte für ein Jahr und könne mit dreimonatiger Frist gekündigt werden. Das Abkommen sei von Deutschland, Frankreich, Belgien, Polen, England, Australien, Kanada, Tschechoslowakei, Mexiko und Norwegen unterzeichnet worden.



Schwere Stunden der deutschen Wirtschaft

Links: Dr. Georg Solmssen, Vorstandsmitglied der D. D.-Bank, der mit der Reichsregierung über die Garantieaktion für die Danatbank verhandelte. — Mitte: Die deutschen Börsen sind für Tage geschlossen. Blick auf die Berliner Börse. — Rechts: Dr. Eduard Mosler, Vorstandsmitglied der D. D.-Bank, Präsident der Berliner Börse.

Kampfansage Mussolinis gegen den Papst

Entschlossene Zurückweisung der päpstlichen Enzyklika
Drei Erklärungen — Mussolini wird nicht nachgeben

Rom. Gestern nachmittag trat unter Vorsitz Mussolinis das Direktorium der faschistischen Partei zusammen. Das Parteidirektorium hat in bezug auf die kürzlich erschienene päpstliche Enzyklika drei Erklärungen angenommen, worin es heißt:

1. Das Direktorium der Faschistischen Partei protestiert auf das bestimmteste gegen die Behauptungen der Enzyklika, wonach der Eid der Schwarzhemden mit Rücksicht auf das Brot, die Karriere oder das Leben abgegeben werde. Die Schwarzhemden haben bewiesen, daß sie auf Brot, Karriere und auch auf das Leben verzichten können, wenn es selbst für das Vaterland oder für die faschistische Revolution notwendig ist. Die schwere Beleidigung wird deshalb zurückgewiesen, mit der man versucht, ihre durch Opfer bewiesene Treue zu erniedrigen.

2. Das Direktorium der faschistischen Partei lehnt mit Entrüstung und mit genauer Kenntnis der Tatsachen die Behauptung des Vatikans ab, wonach die Freimaurer wieder zu Ansehen in den Reihen der Partei gelangt seien. Das Direktorium der faschistischen Partei wacht, um zu vermeiden, daß die alten Ueberbleibsel der demokratisch-freimaurerisch-liberalen Kreise wieder irgendwelche Tätigkeit aufnehmen können. Nach dieser Klarlegung stellt das Direktorium der faschistischen Partei das unerhörte Bündnis fest, das sich zwangsläufig zwischen dem Vatikan und der Freimaurerei gebildet hat, die heute durch die gemeinsame Feindschaft gegen den faschistischen Staat verbunden sind.

3. Das Direktorium der faschistischen Partei protestiert gegen die Lügen und wendet sich gegen die Behauptungen, die in einer aus vatikanischer Quelle stammenden ausländischen Meldung gegen die faschistischen Verbände Bal illa enthalten, und erklärt, daß es niemanden erlaubt sein darf, eine große Organisation zu verleumden für die streng ausgewählte Faschisten-Lehrer der öffentlichen Schulen und 2000 Kapläne arbeiten, eine Organisation, die diejenigen vorbereiten soll, die die faschistische Revolution fortsetzen werden.

Eröffnung der Nationalversammlung in Spanien

Große Begeisterung in Madrid — Die Republik schulde niemanden den Dank — Ein Sozialist Präsident der Nationalversammlung

Madrid. Am Dienstag um 19 Uhr wurde die spanische Nationalversammlung feierlich eröffnet. Eine vieltausendköpfige Menge, die von einer dichten Mauer Militär und Polizei zusammengedrängt wurde, begrüßte die Regierung bei der Anfahrt mit Jubelrufen. Gleichzeitig schossen die Batterien Salut und Kirchenglocken läuteten. Die rund 400 Abgeordneten erwarteten stehend das Kabinett. Sofort ergriff Ministerpräsident Zamora das Wort. In fast einstündiger Rede schilderte er die Geschichte der Revolution und die Aufgaben der Republik. Stürmischer Beifall, als er darauf hinwies, daß die Republik ohne fremde Hilfe entstanden sei und weder Unternehmern noch Bankiers Dank schulde. Das Heer, das sich niemals mehr zum Tyrannen über das Volk aufwerfen werde und könne, sei die Stütze der Republik. Da die Regierung nach Verabschiedung der Verfassung zurücktrete, könne er kein Regierungsprogramm aufstellen, sondern nur versprechen, mit allen Mitteln für eine ungestörte Arbeit der Cortes zu sorgen und die Staatsautorität energisch aufrechterhalten zu wollen.

Unmittelbar nach der Rede Zamoras wurde die Sitzung unterbrochen. Die Regierung und die Abgeordneten nahmen die Truppenparade ab. Die vorbeimarschierenden Regimenter brachten Hochrufe auf die Republik aus, die von der Menge begeistert wiederholt wurden. Die neuen republikanischen Fahnen wurden mit brausendem Händeklatschen begrüßt. Als die Gardia Zivil vorbeizog, begannen in der Menge verteilte Syndikalisten ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert, das nur mit Mühe durch das Klatschen und die Hochrufe der Menge übertönt werden konnte. Zu Zwischenfällen von Bedeutung ist es nicht gekommen. Nach Wiedereröffnung der Nationalversammlung wurde der Sozialistenführer Besteiro zum Präsidenten des Hauses gewählt. Fast alle Abgeordnete sind neu. Auffallend ist die Anwesenheit von zwei Frauen und sechs Geistlichen unter den Abgeordneten, aus denen sich noch die bekannten Köpfe fünf früherer monarchistischer Minister abheben.

Uebergreifen der deutschen Finanzkrise auf das Ausland

Budapest. Der Ministerrat ist heute nacht zusammengetreten und hat von 1 Uhr bis 3 Uhr getagt. An ihm nahm auch der Präsident der Ungarischen Nationalbank, Popovics, teil. Finanzminister Weterle berichtete über die im Laufe der letzten Tage aufgetretenen Verwickelungen der internationalen Finanz- und Wirtschaftslage, die die deutsche Regierung zu außerordentlichen Maßnahmen gezwungen hätte. Angesichts der schweren finanziellen Lage Deutschlands erschien es der ungarischen Regierung notwendig, Schutzmaßnahmen zu ergreifen, um eventuellen Auswirkungen der deutschen Schwierigkeiten auf die ungarische Wirtschaft vorzubeugen, bezw. diese zu paralysieren. Das Kabinett beschloß deshalb den Erlaß einer Verordnung, nach der alle Geldinstitute und Banken, die gewerbsmäßig Kreditgeschäfte betreiben, ihre Schalter am 14., 15. und 16. Juli geschlossen zu halten haben.

*

Riga. Zwei Rigaer Bankinstitute, die Internationale Bank und die Libauer Bank, welche mit einem erheblichen Anteil deutschen Kapitals gearbeitet haben, mußten heute infolge der deutschen Bankfeiertage vorübergehend ihre Schalter schließen. Da beide Banken keine eigenen Verluste erlitten, wird in einigen Tagen wieder eine normale Abwickelung der Geschäfte erwartet. In den Bankkreisen und im Publikum Rigas haben diese Schließungen keinerlei besondere Aufregung hervorgerufen, auch die Abhebung von Depositen hält sich in normalen Grenzen. Eine weitergehende Auswirkung der deutschen Krise auf Lettland wird nicht erwartet, weil an den übrigen Rigaer Banken deutsches Kapital nicht in bedeutenden Ausmaße beteiligt ist.

Blutige Zusammenstöße zwischen Mohammedanern und Hindus in Kaschmir

Neun Tote.

London. In der Stadt Srinagar in Kaschmir kam es am Dienstag zu wilden Ausschreitungen, als eine mohammedanische Menge das Gefängnis zu stürmen versuchte, in dem mehrere ihrer Glaubensgenossen das Urteil wegen aufhetzerischer Propaganda gegen die Hindus erwarteten. Die Menge überwältigte einige Gefangenenwärter und durchschnitt die Telephonleitungen, wurde jedoch schließlich von der feuernden Polizei zurückgetrieben, wobei neun Mohammedaner getötet und eine größere Anzahl schwer verwundet wurde. Aus Wut über seinen Mißerfolg zerstörte dann der Mob die Verkaufsläden der Hindus, drang in die Häuser der Geldverleiher ein und setzte schließlich eine Reihe von Gebäuden in Brand. Man befürchtet, daß sich die Bewegung auf ganz Kaschmir, das eine sehr starke mohammedanische Bevölkerung hat, ausdehnen wird. Die Unruhen hatten ihren Grund darin, daß vor etwa vier Wochen ein Hindu-Sergeant das Gebetbuch eines mohammedanischen Kameraden zum Zeichen seines Unwillens auf den Boden geschleudert und dadurch entweiht hatte.



Abrüstungsdemonstration in London

Zahlreiche Organisationen veranstalteten in London eine Kundgebung für die Abrüstung. Die Teilnehmer der Kundgebung zogen durch die Straßen, auf zahlreichen Plakaten, die mitgetragen wurden, stand die Forderung nach Abrüstung und Weltfrieden.

Polnisch-Schlesien

Die Arbeitslosenfrage im Bergbau „gelöst“

Daß die Regierung mit den Kapitalisten über die „Lösung“ der Arbeitslosenfrage verhandelt hat, wissen bereits unsere Leser, denn darüber haben wir ausführlich berichtet. Arbeiter waren bei der Verhandlung nicht dabei, wozu auch, die haben nichts zu bestimmen. Die Regierung und die Kapitalisten haben doch für die Arbeiter „gearbeitet“ und das sollte die Arbeiter zufriedenstellen. Die Verhandlungen hat der Leiter der Handelsabteilung in der Wojewodschaft eingeleitet und die Kapitalisten haben sich „bereitwilligst“ an den Verhandlungstisch gesetzt. Sie haben viel Verständnis für die Interessen des Staates und noch mehr Verständnis für eigene Interessen. Mit der Regierung werden sie schnell handelseinig, überhaupt wenn die Arbeiter nicht zugegen sind. Sie geben etwas der Regierung, damit sie auch was hat, für sich stecken sie aber das meiste ein. So scheint es auch bei der letzten Verhandlung über die Arbeitslosigkeitsabschaffung der Fall gewesen zu sein, denn die Verhandlungen sollen bereits mit „Erfolg“ beendet sein. Man hat beschlossen, die Arbeiter nur an drei Tagen in der Woche zu beschäftigen und mehrere Arbeiter einzustellen, aber selbstverständlich erst dann, wenn mehr Arbeit vorhanden sein wird, denn jetzt müssen noch die Belegschaften feiern, die ohnehin bis auf ein Minimum abgebaut wurden. Jedenfalls merkt heute noch niemand von der segensreichen „Lösung“ der Arbeitslosigkeit, denn es hat sich nach den Verhandlungen vorläufig noch nichts geändert. Im Gegenteil, es wird weiterhin abgebaut, und die Hüttengruben der Vereinigten Königs- und Laurahütte, bestehen nach wie vor auf der Reduzierung von 500 Bergarbeitern, besonders auf der Dubenskogrube. Die Kapitalisten fassen die Lösung der Arbeitslosenfrage auf ihre, ihnen genehme Art auf, aber die Regierung meint es hier sehr ernst u. hat schon gewisse Anordnungen getroffen, selbstverständlich zugunsten der Kapitalisten.

Aus Warschau trifft die Meldung ein, daß der Finanzminister, Jan Pilsudski, ein Zirkular an alle Finanzkammern gerichtet hat, die dort angewiesen werden, den Kapitalisten gewisse Erleichterungen in Steuerfragen zu gewähren. Die Finanzkammern werden ermächtigt, allen Industrieunternehmungen, die eine größere Zahl Arbeiter beschäftigen, bei Lösung der Patente Erleichterung zu gewähren. Sie müssen die Patente nicht in der höchsten Klasse lösen, wenn der Arbeitsinspektor bestätigt, daß das Industrieunternehmen eine größere Zahl Arbeiter beschäftigt, um der Arbeitslosigkeit zu steuern. Das ist die erste Konzession, die den Kapitalisten gemacht wurde und wir zweifeln nicht daran, daß die Kapitalisten von dieser Begünstigung ausgiebig Gebrauch machen werden. Sie werden in der Zeit, in welcher die Patente gelöst werden müssen, einige Arbeiter neu anstellen, und der Arbeitsinspektor wird den Kapitalisten das bestätigen. Das bringt eine Steuererleichterung ein und darauf warten die Kapitalisten mit Sehnsucht. Nachdem die Patente gelöst sind, wird man eben an den Demobilmachungskommissar mit dem Antrag auf Reduzierung der Arbeiter herantreten und der Demobilmachungskommissar wird nicht nein sagen. Wir wissen schon wie es gemacht wird. Die Patente werden im Dezember gelöst und die Kapitalisten können schon heute vorbauen. Sie können vorher Arbeiter entlassen und im Dezember welche neu anstellen und das werden sie auch tun, denn das bringt Steuererleichterung ein.

Wir sind aber überzeugt, daß die Regierung noch andere Zugeständnisse gemacht haben mußte. Wer sich einmal mit den Kapitalisten an den Verhandlungstisch setzt, der ist betrogen. Die Arbeiter haben darin schon eine Erfahrung und wissen die Herrschaften einzuschätzen. Die Regierung wurde erst neu gebildet und sie will „gut Freund“ mit den Kapitalisten bleiben. Daher mußte sie sicherlich Lehrgeld zahlen, dessen sind wir sicher. Wie steht es mit der Sozialversicherung, der „mehrangestellten“ Arbeiter, zwecks „Lösung“ der Arbeitslosigkeit? Daß hier Konzessionen gewährt wurden, ist klar, denn die Kapitalisten haben das als ihre Hauptbedingung betrachtet und es liegt klar auf der Hand, daß sie mit leeren Händen von dem Verhandlungstisch nicht aufgestanden sind. Es wird sich erst zeigen, was hier vereinbart wurde. Sicherlich werden die Kosten dieser Abmachung, die unter vier Augen geschlossen wurde, die Arbeiter bezahlen. Man ist allgemein in Polen der Ansicht, daß die oberschlesischen Arbeiter viel zu viel verdienen. Drei Zloty per Schicht müßte gegnügen und man wird so lange verhandeln und beraten bis das Ziel erreicht ist.

Die Arbeitergewerkschaften werden gut tun, wenn sie sich für die „Lösung“ der Arbeitslosigkeit, die da bereits fertiggestellt wurde, interessieren. Das ist die Sache wert und es muß jemand eingreifen, damit auf Kosten der Allgemeinheit die Kapitalisten keine Geschäfte machen. Die nehmen alles mit, was nicht niet- und nagelfest ist.

Am Freitag Plenarsitzung des Schlesischen Sejms

Für den 17. Juli, nachmittags 3 Uhr, ist die Plenarsitzung des Schlesischen Sejms einberufen. Bei den Beratungen über die Vorschläge des Wojewodschaftsrats zur Einschränkung des Schlesischen Budgets dürfte es zu bewegten Auseinandersetzungen kommen. Auch einige andere Punkte der Tagesordnung geben reichliche Veranlassung zur Auseinandersetzung mit dem heutigen Kurs in der Wojewodschaft. Die Budgetkompression sieht eine erneute Herabsetzung der Gehaltsbezüge der Beamten vor, als „Dank“ für die geleistete Wahlarbeit, ist sie durchaus verständlich, wenn auch manche Beamten getroffen werden, die nun nicht gerade auf Grazynski und seine Politik schwören.

Kostenlose Rechtsberatung

Im Wojewodschafts-Amtsblatt wurde eine ministerielle Verordnung veröffentlicht, wonach alle Gerichtssekretariate verpflichtet werden, der Bevölkerung auf Wunsch alle einschlägigen Informationen zu erteilen, sowie Protokolle aufzunehmen, soweit es sich um Rechtsstreitigkeiten handelt, die einer gerichtlichen Entscheidung bedürfen. Die Informationen sind kostenlos zu erteilen. y.

Darf der Schlesische Sejm Sondersteuern für den Arbeitslosenfonds beschließen?

Ein Sondergesetz für Unterstützung der Arbeitslosen aus dem schlesischen Finanzschatz unmöglich — Ein Schreiben des Wojewoden an die Budgetkommission — Sonderbare Auslegung der Autonomierechte Die Budgetkommission lehnt die Interpretation des Wojewoden ab — Vertagung der Gesetzesprojekte

In einer Reihe von Sitzungen hat die Budgetkommission darüber beraten, wie es ermöglicht werden soll, aus dem schlesischen Finanzschatz die Mittel zu beschaffen,

um allen denjenigen Arbeitslosen eine Unterstützung zu gewähren, wenn sie aus dem Arbeitslosenfonds ausscheiden und auch die Sonderaktion der Regierung aufhören wird,

wie sie bereits für den 15. Juli angekündigt wurde und erst dann wieder bis zu Ende September zugesichert worden ist, nachdem die Arbeitslosen seinerzeit in Zawodzie eine blutige Demonstration durchführten. Aus unseren Berichten der Budgetkommission wird der Leser sich einen Begriff machen, welche Arbeit aufgewendet worden ist, um ein solches Gesetz überhaupt zustande zu bringen, zumal die Beschaffung des Materials in statistischer Hinsicht große Schwierigkeiten bereitet. Hier haben die Genossen Dr. Glücksmann und Kowoll wiederholt die Quellen aufgezeigt, wie man den sozialistischen Vorschlag realisieren kann, und obgleich alle Sejmparteien immer wieder versichert haben, daß sie für eine gesetzliche Regelung sind, zeigt es sich während der Beratungen, daß die Frage selbst **immer wieder Vertagungen erfährt,** so daß die Gefahr besteht, daß das Gesetz überhaupt **nicht zustande kommt.** Schließlich ist es gelungen, wenigstens die bürgerlichen Parteien dazu zu bewegen,

daß man eine Sondersteuer als Zusatzabgabe für die Krisenzeit zur Einkommensteuer beschließt.

In der vorletzten Sitzung ist ein dahingehender Beschluß gefaßt worden, nunmehr sind auf der Dienstagsitzung auch die Gesetzesvorlagen zum Budget beschlossen worden.

Interessant ist nun, daß die Vertreter der Wojewodschaft, also im Namen des Wojewoden, an allen diesen Sitzungen teilnahmen, und man aus ihren Erklärungen entnehmen mußte, daß auch sie bereit sind, ein solches Gesetz zu schaffen. Auf der letzten Sitzung erklärte namens des Wojewoden der Finanzrat Kankofer, daß man in der Wojewodschaft bezweifelt, ob der schlesische Sejm solche Zusatzsteuern beschließen kann. Die Kommission verwies auf das noch immer geltende Autonomiestatut und beschloß jene Steuer, die dem Arbeitslosenfonds die ersten 3½ Millionen Zloty in den kommenden 7 Budgetmonaten einbringen soll.

Nunmehr hat der schlesische Wojewode dem Sejmmarschall ein Schreiben zugehen lassen, wonach die Budgetkommission von einer falschen Interpretation des Autonomiestatuts ausgehe und erklärt, daß

die Sondersteuer als Abgabe von der Einkommensteuer vom Schlesischen Sejm nicht beschlossen werden könne. Diese Ansicht vertrete auch die Warschauer Regierung.

Dieses Schreiben bildete nun den Gegenstand der Verhandlungen der Dienstag-Sitzung der Budgetkommission, welche darüber hinwegging und nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß der Schlesische Sejm nach der klaren Fassung des Autonomiestatuts dieses Recht besitze. Genosse Dr. Glücksmann führte hierbei aus,

daß das Schreiben des Wojewoden einfach die Autonomie in Frage stelle.

Wenn der Schlesische Sejm diese Sondersteuer nicht beschließen darf, so müsse erst das Autonomiestatut abgeändert werden, zumal sich auch das Gesetz betreffend der Einkommensteuer in seinem Artikel 24 ausdrücklich darauf berufe, daß die Wojewodschaft Schlesien durch den Schlesischen Sejm in der Besteuerung gewisse Sonderrechte besitze. Nun will gerade der Wojewode unter Berufung auf diesen Paragraphen dem Schlesischen Sejm dieses Recht der Sonderbesteuerung nehmen.

Man kann doch die Autonomie Schlesiens nicht mit irgendwelchen Selbstverwaltungsgesetzen interpretieren, wie es der Wojewode im Einvernehmen mit der Warschauer Regierung tut.

Es bestehe wohl ein sehr gewaltiger Unterschied zwischen der Gesetzesschaffung durch die schlesische Autonomie und den Aufgaben der Kommunen, auf die man jetzt den Begriff der Autonomie herabsetzen kann,

So lange also das bisherige Statut der Wojewodschaft Schlesien für seine Autonomie durch die Verfassung garantiert ist, habe der Schlesische Sejm das Recht auf Sondersteuern, und Gen. Dr. Glücksmann schlägt der Kommission vor, über das Schreiben des Wojewoden hinweg zur Tagesordnung überzugehen.

Da auch die Sanatoren zu dieser Frage nicht das Wort ergreifen, auch nicht auf die Ausführungen des Gen. Dr. Glücksmann eingehen, wird in die Beratung der Gesetzesprojekte bezüglich der Sondersteuer eingegangen und im Sinne der Vorlagen des Gen. Dr. Glücksmann beschlossen. Anläßlich der Ausführungen zum Schreiben des Wojewoden hob Genosse Dr. Glücksmann noch hervor, daß er wünsche, daß die Wojewodschaftsvertreter **nicht nur die Autonomie im Munde führen, sondern auch bei ihrer Durchführung sich die notwendige Mühewaltung geben.**

Zu Beginn der Sitzung interpellierte Gen. Dr. Glücksmann die Budgetkommission beziehungswise den Vorsitzenden, ob es ihm bekannt ist, daß im Teschener Schlesien an Ledige und Verheiratete ohne Kinder die „Akcja Panstwowa“ nicht mehr gezahlt wird, obgleich der Wojewode die Zusicherung gab, daß diese Unterstützung ohne Ausnahme bis Ende September in der bisherigen Weise gezahlt wird. Weder der Vorsitzende, noch der Vertreter des Wojewoden, Dr. Kostka, konnten Aufklärung geben, so daß die Beantwortung auf die nächste Sitzung verschoben wurde.

Eine zweite Interpellation richtete Genosse Dr. Glücksmann in der Frage des früheren Angestellten des Schlesischen Sejms, eines gew. Dr. Lutmann, der entlassen wurde, gegen den schlesischen Finanzschatz auf Entschädigung klagt, den Prozeß gewonnen hat, weil die Wojewodschaft beziehungsweise das Finanzamt sich einfach nicht vor Gericht stellte um sich zu verteidigen. Dr. Lutmann ist in der sejmlosen Zeit vom Wojewoden angestellt worden, entgegen dem Willen des Sejms, Lutmann stand also kein Recht zum Gehaltsbezug zu und als er entlassen wurde, klagte er, sodaß eigentlich das Gehalt der Wojewode zahlen müßte, da er nicht berechtigt war, Beamte für den schlesischen Sejm während der sejmlosen Zeit anzustellen. Auch über diesen Vorfall konnte des Vertreter des Wojewoden keine Auskunft geben.

Im Verlauf der weiteren Sitzung wurde in zweiter und dritter Lesung das Gesetzesprojekt betreffend der Anrechnung der Dienstjahre für die Funktionäre der schlesischen Wojewodschaft beschlossen, wobei die Budgetkommission über die Beschlüsse der Rechtskommission hinausgegangen ist und die Dienstjahre allen den Beamten und Funktionären zuzählen will, die aus dem schlesischen Finanzschatz bezahlt werden. Nach mehrstündiger Dauer wurde die Sitzung auf Montag nachmittag 4 Uhr vertagt, wobei die Kompression des Budgets durch den Wojewodschaftsrat sowie die Budgetkürzungen des sozialistischen Klubs, sowie die Vorschläge für Ersparnisse aus dem Budget durch den Korfantyklub beraten werden.

*

Wie es heißt, wird die Kommission, welche mit dem Finanzministerium bezüglich der Steuerverrechnungen zwischen Wojewodschaft und Zentralregierung durchführen soll, sich am Montag abends nach Warschau begeben und am Dienstag vom Finanzminister Jan Pilsudski empfangen werden.

Neuwahl des Vorstandes der Spólka Bracka (Knappschaft)

Der neugewählte Vorstand der Spolka Bracka setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen: Hanasiewicz Wlodimiers, Leiter des Oberbergamtes, als Regierungsvertreter. Von den Arbeitgebern: 1. Vorsitzender Generaldirektor Ciszewski Alexander, Hohenlohehütte, Direktor Dr. Zagorowski aus Kattowitz, 1. Vertreter des Vorsitzenden, Oberdirektor Friedrich Jüngst, Kattowitz, 2. Vertreter des Vorsitzenden, Bergwerksdirektor Schnapka Robert, Siemianowitz, Oberdirektor Buczek Bruno, Schwientochlowitz.

Vertreter der Knappschaftsmitglieder.

Knappschaftsältester Szymik Karl, Niedobschütz, Czempiel Wawrzyn, Groß-Piekar, Polotzek Johann, Zalenzer Halde, Wilk Karl, Bielschowitz, Muschalski Stanislaw, Kochlowitz.

1. Vertreter der Arbeitgeber.

Oberdirektor Stadnikiewicz Franz, Kattowitz, Direktor Pietrzikowski Bronislaw, Ruda, Direktor Jungels Georg, Morgenroth, Direktor Edelmann Maurize, Kattowitz, Direktor Dr. Ploch Johann, Kattowitz.

1. Vertreter der Knappschaftsmitglieder.

Knappschaftsältester Kocjan Franz, Rydultau, Kajda Johann, Nikischschacht, Stolarczyk Theodor, Kattowitz-Ligota, Rzepka Johann, Scharley.

2. Vertreter der Arbeitgeber.

Ingenieur Niepokojczecki Ignatz, Sirzebnica, Direktor Todtleben, Georg Kochlowitz, Direktor Mitsch Adolf, Hohenlinde, Direktor Dr. Brill, Kattowitz, Direktor Groll Josef, Morgenroth.

2. Vertreter der Mitglieder.

Knappschaftsältester Zwionzek Johann, Kattowitz, Wolny Franz, Kattowitz, Urbanek Johann, Pschow, Wawrzynek, Boleslaus, Mittel-Lazisk, Achtelik Peter, Kattowitz-Bogutschütz.

Heerespflichtige und Auslandsreise

Das Bezirkskommando P. K. U. teilt mit, daß alle militärpflichtigen Personen bis zum 26. Lebensjahr, bei einer evtl. Auslandsreise neben den allgemein erforderlichen Dokumenten eine besondere Einverständnis-Erklärung der Militärbehörde vorweisen müssen. Die Reiseerlaubnis können nur solche Personen erhalten, die bis zum 26. Lebensjahr vom aktiven Heeresdienst zurückgestellt sind. Bei der Antragstellung sind die Registrierkarte, der Zurückstellungsschein und die vorgeschriebenen Ausweise der Verwaltungsebhörden vorzulegen, aus denen der Zweck und die Notwendigkeit der Reise ersichtlich ist.

Die ostoberschlesische Kohlenindustrie im Juni

Im Juni, der die gleiche Zahl von Arbeitstagen (24) aufwies, wie im Mai, konnte die Förderung um 1,5 Prozent, der Gesamtabsatz um 3,5 Prozent gesteigert werden. Insgesamt wurden 2 136 997 Tonnen gefördert gegen 2 193 454 Tonnen im Mai und 1 960 245 Tonnen im Juni 1930 (23 Arbeitstage). Der tägliche Durchschnitt der Förderung stellte sich also auf 89 041 Tonnen, gegen 87 641 Tonnen im Mai und 85 228 Tonnen im Juni 1930. Insgesamt wurden im Inland 957 498 (899 610) Tonnen abgesetzt. Der Export erhöht sich noch etwas gegenüber der ungewöhnlichen hohen Maiziffer mit 1 030 561 (1 017 667) Tonnen. Der Gesamtabsatz bezifferte sich auf 1 988 059 (1 917 277) Tonnen. Demnach war mengenmäßig ein Konjunkturrückgang im Kohlenbergbau im Juni nicht zu beobachten. Das Produktionsniveau war sogar um 9 Prozent höher als im gleichen Monat des Vorjahres.

Der Korfantyklub forciert die Mietszinssteuer

Herr Chmielewski vom Korfantyklub hat sich die geeignete Zeit herausgesucht, um die schlesischen Mieter mit einer neuen Steuer zu beglücken. Wir haben über dieses Thema schon ausführlich berichtet, heute wollen wir nur bemerken, daß selbst dem Sanacjaklub die ganze Sache mit der neuen Mietszinssteuer zuwider ist. Weiß doch jedes Kind in der Wojewodschaft, daß die neue Mietszinssteuer gerade die Armen trifft, weil die Reichen — Hausbesitzer, oder gar Villenbesitzer sind und sie werden die neuen Lasten nicht zu spüren bekommen. Der Korfantyklub gebärdet sich sehr „Volksfreundlich", bekämpft die Sanacja, weil sie das Volk immer mehr mit Steuern und Abgaben belastet, aber er macht dasselbe. Wahrscheinlich hat er Verpflichtungen gegenüber den Hausbesitzern. Anders läßt sich die Sache nicht erklären.

Die Bau- und Wohnungskommission des Schlesischen Sejms arbeitet sehr fleißig an der Erhöhung der Mietszinssteuer. Die Wojewodschaft hatte hier gewisse Bedenken über die Verwaltung des Baufonds gehabt. Ihr kommt wahrscheinlich die ganze Sache nicht geheuer, besonders in der jetzigen Zeit. Aber der Korfantyklub hat sich die Sache in den Kopf gesetzt und will sie schmeißen. Es wurde eine Unterkommission gewählt, die den Beschluß faßte, den Baufonds als „juristische Person" zu etablieren, um nur die Mietszinssteuer unter Dach und Fach zu bringen. Diese neue Fondsverwaltung wird aus neun Mitgliedern zusammengesetzt und zwar 3 ernennt die Wojewodschaft und 6 der Sejm. Sie wird die Baukredite verteilen. Wahrscheinlich wird sie auch einen neuen Direktor anstellen und einen Verwaltungsapparat einrichten, der die Hälfte der eingezogenen Mietszinssteuer auffaugen wird. Wahrlich wir haben jetzt Wichtigeres zu tun, als mit aller Gewalt die Erhöhung der Mietszinse zu forcieren. Hoffentlich wird das Plenum des Schlesischen Sejms den großen Eifer der Korfantygruppe ein wenig dämpfen.

Streik der Schlesischen Autobuslinie?

Skandalöse Zustände im Ueberstundenverfahren.

Wir haben uns schon einmal mit den skandalösen Arbeitsverhältnissen bei der Schlesischen Autobuslinie beschäftigt, als man ohne jeden Grund an eine Lohnreduzierung herantreten wollte. Unser damalige Appell hat den Erfolg gezeitigt, daß inzwischen doch die tarifliche Regelung der Löhne gesichert ist. Aber nichtsdestowenier herrschen noch immer Zustände in diesem Betriebe, die jeder Beschreibung spotten. So soll es vorkommen, daß einzelne Angestellte monatelang keinen freien Erholungstag haben und darüber hinaus noch Ueberstunden verfahren werden und die Arbeitslosigkeit dadurch künstlich noch erhöht wird. Gerade bei einem Kommunalbetrieb muß energisch gefordert werden, daß der Achtstundentag, der doch im übrigen Polen gesetzlich geregelt ist, auch inne gehalten wird. Es ist unerhört, daß hier ohne einen freien Tag in der Woche gearbeitet wird, es muß und darf nicht das Ueberstundensystem direkt gefördert werden. Es genügen wohl 6 Tage Arbeit in der Woche und wenn das Personal nicht reicht, dann greife man auf Arbeitslose zurück und spare dem Staat unnötige Ausgaben und züchte nicht Ueberstundenfresser, die letzten Endes zu einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit ausarten können.

Man muß hierüber besonders seine Verwunderung aussprechen, wenn man erfährt, daß dieses Mißverhältnis erst Platz gegriffen hat, als ein gewisses Protektionskind als Leiter eingestellt wurde, welches seine Befähigung für diesen Posten dadurch dokumentierte, daß es seinen Glauben zu Ehren des neuen Kurses wechselte.

Hier wäre es eine Aufgabe des Arbeitsinspektors sich für diesen Betrieb etwas zu interessieren und auch die Ge-Doppelverdiener. Vorsitzender dieser Autobuslinie etwas näher mit dieser Autobuslinie beschäftigen, denn in dieser schwierigen Wirtschaftskrise gibt es keinen Raum für Dopelverdiener. Vorsitzender dieser Autobuslinie ist Herr Bürgermeister Skudlarz, Kattowitz, der neuerdings den Betrieb auf seine Art „sanieren" will. Zu diesem Zweck ist auch der obenerwähnte Leiter berufen worden, der etwa den raschen Glaubenswechsel nicht auch auf die ganze Autobuslinie ausdehnen will, zumal bei uns für galizische Methoden wirklich kein Versuchsfeld ist. Wir benötigen keine weiteren Kulturträger aus dem Osten und wünschen, daß Kommunalbetriebe dem entsprechen, was man einen reinlichen Betrieb nennt, also ohne jeglicher Mißwirtschaft. Die Angestellten sind auch entschlossen, wenn gewisse Mißstände nicht behoben werden, in den Streik zu treten, um sich ihre Rechte zu sichern.

Maßnahmen gegen Exekutionsbeamte

Auf Grund verschiedener Beschwerden über unvorschriftsmäßiges Vorgehen der Exekutionsbeamten bei Pfändungen, hat das Justizministerium eine Zusatzverordnung herausgegeben, wonach bei evtl. Zuwiderhandlungen gegen die Pfändungsvorschriften der Gerichtsvolzieher zur gerichtlichen Verantwortung gezogen werden kann. y.

4. Kindertransport nach Deutschland

Der am letzten Montag vom deutschen Wohlfahrtsdienst zur Versendung gelangte Kindertransport umfaßt 249 Kinder, welche größtenteils in Heimen untergebracht werden und zwar in Vetschau (Spreewald), Schwiebus, auf der Ostseeinsel Fehmarn, in Ahlbeck, Zinnowitz, Greifswald, Stralsund und Binz auf der Insel Rügen. Der Kindertransport erfolgt nur mit Schnellzügen. In Berlin übernachten die Kinder und fahren, nachdem sie ein Frühstück erhalten, an ihr Ziel weiter. Ein Teil der Kinder dieses Transportes fährt zu Verwandten in der Umgebung von Berlin und Hamburg. Die Rückfahrt erfolgt nach 6 Wochen.

Außer kleineren Transporten nach Deutsch- und Polnisch-Oberschlesien gehen die nächsten Auslandstransporte am 31. Juli in Richtung Bayern und am 3. August in Richtung Nordsee.

Die Zahl der Arbeitslosen

Das Arbeitslosenamt teilt mit, daß am 11. d. Mts. die Zahl der Arbeitslosen 272 917 Personen betragen hat. Im Vergleich zu der Vorwache ist das ein kleiner Rückgang um 3461. Hingegen ist in der schlesischen Wojewodschaft eine Steigerung der Arbeitslosenzahl zu verzeichnen. Hier betrug die Zahl der Arbeitslosen 59 388 und ist um 444 Personen im Vergleich zu der Vorwoche gestiegen. Die gesetzliche Arbeitslosenunterstützung bezogen 54 899 Arbeiter.

Prüfung der Lage der Eisenhütten in Polnisch-Oberschlesien

Herabsetzung der Selbstkosten — Kürzung der Akkordlöhne?

Nachdem nun die Wirtschaftskrise weiter fortschreitet und das Heer der Arbeitslosen ständig wächst, hat man als Allheilmittel eine Kommission gegründet, die die Lage in den Eisenhütten einer Prüfung unterziehen soll. Wenn auch auf Grund des Ereignisses empfohlen wird, die Selbstkosten herabzusetzen, so ist die zweite Empfehlung, die bisherigen Akkordlöhne zu kürzen, nicht am Platz, weil durch die Herabsetzung der Löhne im allgemeinen keine Besserung erzielt werden kann. Anders jedoch verhält es sich mit der Herabsetzung der überhohen Gehälter in der gesamten Industrie. Wenn hier Hand angelegt wird, wie wir es schon immer vorgeschlagen haben, dann wird auch die langersehnte Besserung eintreten. Eher aber nicht.

Die Kommission setzte sich wie folgt zusammen: Ingenieur Lutze-Birg Alexander, als Delegat des Ministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge, Ing. Oziemblowski Waclaw, Delegat des Handelsministeriums, Ing. Rudewski Simon, Direktor der Abteilung für Handel und Industrie bei der schlesischen Wojewodschaft, als Delegat des Ministeriums für Handel und Industrie, Ing. Kmita Zygmund, Wojewodschaftsrat, als Vertreter des Direktors der Abteilung für Handel u. Industrie, Ing. Maske Artur, Demobilmachungskommissar in Kattowitz, als Berater seitens der Arbeitsinspektion.

Nach Prüfung der wirtschaftlichen Lage in Polnisch-Oberschlesien, der Selbstkosten der Hütten, deren Verkaufspreise, Absatzgebiete und dem Arbeitslohn, kam die Kommission zu folgendem Gutachten: Auf Grund der Wirtschaftskrise in den Eisenhütten, hervorgerufen durch kleine Inlandsaufträge und unrentable Auslandsaufträge (Sowjetrußland), kann der Weiterbestand der Arbeit in den Hütten und die Erzielung von Auslandsaufträgen nur auf dem Wege der Selbstkostenherabsetzung erzielt werden. **Bei der eHrabsetzung der Selbstkosten müssen ebenso die Gehälter und Einkommen der höheren Verwaltung bei den Eisenhütten Polnisch-Oberschlesiens eine Reduzierung erfahren.** Gleichzeitig ist eine Revision und Herabsetzung der Akkordlöhne der Arbeiter notwendig. (?) Die vom Arbeitgeber gemachten Vorschläge, die Akkordlöhne gleichmäßig zu kürzen, wird von der Kommission nicht als rationell angesehen. Für eine derartige Aenderung ist die Verschiedenheit der einzelnen Hütten und deren Produktion nicht gegeben. Nachdem nun die Angelegenheit als dringend angesehen wird, und die nächsten Auslandsaufträge unter weit ungünstigeren Bedingungen angenommen werden müssen, als wie bisher, kam die Kommission zu der Ueberzeugung, daß eine Revision der Akkordverdienste nur auf Grund des § 14 des Tarifvertrages für die oberschlesischen Eisenhütten und zwar **durch den paritätischen Fachausschuß**, unter Vorsitz eines Unparteiischen, durchgeführt werden können. Der Fachausschuß müßte mehrere Unterkommissionen berufen, die mit den einzelnen Abteilungen der verschiedenen Eisenhütten die Tätigkeit gleichmäßig aufnehmen könnten. Die Aenderungen müßten bis zum 1. August d. Js. durchgeführt und dem Fachausschuß unterbreitet werden. Bei den Arbeiten des Ausschusses hat dieser darauf zu achten, **daß auch die einzelnen Verwaltungen der Hütten bestrebt sind, die Gehälter und Einkommen der höheren Administration zu kürzen.**

Die Kommission betrachtet ihre angeführten Vorschläge vorläufig als genügend mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Angelegenheit in der Aufnahme der Revision des Akkordvertrages. Ferner erachtet die Kommission den Akkordvertrag als dasjenige, daß zu der Unrentabilität der Eisenhütten Polnisch-Oberschlesiens beiträgt. (?) Da die Aenderung des Akkordvertrages sehr lange Zeit in Anspruch nimmt, wird die baldige Aufnahme der vorläufigen Aenderung der Akkordlöhne als notwendig bezeichnet. Soweit das Gutachten.

Was uns in diesem Gutachten nicht befriedigt, ist, daß man nicht direkt von dem Abbau der hohen Gehälter spricht, lediglich nur von administrativen Kosten gesprochen wird. Das Gutachten besagt, daß die Verhandlungen im Fachausschuß über die Akkordrevision stattfinden soll. Verschiedene Tageszeitungen, wie die „Polonia", „Kurjer Slonski" und andere, bringen immer wieder Mitteilungen, daß entweder die Arbeitgeber durch die Warschauer Regierung auf die beschleunigte Regelung drängen oder sie drängen bei der hiesigen Wojewodschaft, damit noch vor dem 1. August ihre Wünsche erfüllt werden. Andere Mitteilungen dieser Zeitungen gehen wieder dahin, als wenn ein besonderer Schlichtungsausschuß über die Akkordlöhne entscheiden soll.

Akkordarbeiter, alle diese Mitteilungen sind nur als Bluff zu betrachten, sie sind nur dazu da, um die Arbeiterschaft irre zu führen. Nur die eine Richtigkeit besteht, indem die Kapitalisten bei der hiesigen Wojewodschaft und in Warschau für eine Lohnkürzung Stimmung machen. Aber auch andere Mitteilungen in der Presse sind falsch. So schrieb der „Kurjer Slonski", daß die einzelnen Arbeiterausschüsse auf den Werken über die Akkordfrage verhandeln sollen, und wenn örtlich es zu keiner Einigung kommt, die strittige Angelegenheit dem Fachausschuß zur Entscheidung vorgelegt werden soll. Die Arbeiterräte und sonstigen Verhandlungskommissionen werden vor diesem Schritt gewarnt, und darauf unter keinen Umständen einzugehen. **Die Verhandlungen gehören vor den Fachausschuß, wo sie zwischen den Industriellen und Gewerkschaften ausgetragen werden.** Zu den jeweiligen Sitzungen, werden die interessierten Arbeiterräte hinzugezogen. Darum seid auf der Hut und laßt euch auf keine andere Verhandlungsbasis ein. Die Interessen der in Frage kommenden Akkordarbeiter können nur durch die Gewerkschaften gewahrt werden. Jeden anderen Vorschlag weiset ab.

Mit einem Messer am Kopf verletzt

Auf der verlängerten ulica Plebiscytowa in Kattowitz und zwar in den dortigen Schrebergärten kam es in den späten Abendstunden des Montags zwischen mehreren jungen Leuten zu Auseinandersetzungen, welche bald in Tätlichkeiten ausarteten. Plötzlich ergriff einer der Streitenden ein Messer und versetzte seinem Widersacher zwei Stiche in den Rücken. Es wird angenommen, daß es sich hierbei um Obdachlose handelte. y.

Kattowitz und Umgebung

Aerztliche Heilbehandlung für Beschäftigungslose.

Nach einer Mitteilung des städtischen Arbeitslosenamtes in Kattowitz werden neuerdings die Kosten für ärztliche Krankenfürsorge an Arbeitslosen von den zuständigen Gemeindeämtern aufgebracht. Bisher erfolgte dies durch die einzelnen Knappschaftskassen. Die hierfür bestimmten Geldbeträge werden an die Gemeindeämter direkt durch das Wojewodschaftsamt überwiesen. Allerdings laufen diese Gelder sehr spärlich ein und so kommt es, daß von den Gemeindeverwaltungen zur Deckung der Ausgaben für Heilbehandlung erkrankter Beschäftigungsloser oft Gelder aus anderen Fonds angegriffen werden müssen. Anspruch auf eine Krankenbehandlung haben sämtliche registrierte Arbeitslose. Alle Krankheitsfälle müssen den zuständigen Arbeitslosenämtern vorerst mitgeteilt werden, welche dann die weiteren Anweisungen vornehmen. Zu bemerken ist noch, daß bei Gewährung eines Krankengeldes die laufende, wöchentliche Unterstützung in Wegfall kommt. y.

Tot aufgefunden. Von Straßenpassanten wurde im Ortsteil Zalenze der Franz Schön aus Zalenze tot aufgefunden. Der Tote wurde mittels Sanitätsauto nach der Leichenhalle des städtischen Spitals in Kattowitz geschafft. Weitere Untersuchungen sind im Gange.

Wer erteilt Auskunft? Am vergangenen Donnerstag entfernte sich die 24 jährige Margarete Pudelko von der ulica Slowackiego 24 aus Kattowitz aus der elternlichen Wohnung und kehrte seit dieser Zeit nicht mehr zurück. Die Vermißte, welche geisteskrank ist, ist 165 Zentimeter groß, gut gebaut und hat blonde Haare. Bekleidet war dieselbe mit schwarzem Kleid, schwarzen Schuhen und schwarzen Strümpfen. Personen, welche über den jetzigen Aufenthalt der Vermißten irgendwelche Angaben machn können, werden ersucht, sich unverzüglich bei der Kattowitzer Polizeidirektion, ulica Zielona 28, oder bei der nächsten Polizeistelle zu melden.

Der wilde Motorradfahrer. Ein Monteur der Reparaturwerkstatt Smuda in Kattowitz hat die Aufgabe, die reparierten Motorräder durch eine Probefahrt auf ihren Stand auszuprobieren. Diese Aufgabe müßte einem anderen ruhigem Fahrer anvertraut werden, denn der obenerwähnte zählt zur Sorte der wilden Fahrer. Vorgestern hat e wiederum ein Motorrad auszuprobieren gehabt. Auf den Soziussitz nahm er sich eine schöne Maid und sauste im wilden Tempo die Johannisstraße nach der Kosciuszki hinauf. Unweit der Brücke überschlug sich das Motorrad und beide Monteur und Maid blieben auf der Straße liegen. Er selbst raffte sich auf und verschwand im wildem Tempo. Die Maid ließ er mit verletzten Gliedern auf der Straße liegen. Ein wirklich feiner Kavalier. Hoffentlich werden die Polizeiposten, die sonst ein wachsames Auge haben, auf den wilden Fahrer aufmerksam und verschreiben ihm das vorschriftsmäßige Tempo, ehe er mehr Unglück anrichtet. Die Straßenpassanten sind oft nicht des Lebens sicher. —a.

Schwerer Wohnungseinbruch. Dr. Stefan Mirecki von der ulica Kosciuszki 60 in Kattowitz machte der Polizei darüber Mitteilung, daß in der Nacht zum 9. d. Mts. in seine Wohnung ein Einbruch verübt wurde. Die Täter erbrachen dort Schreibtische und Fächer und stahlen alles was nicht niet- und nagelfest war. Entwendet wurden u. a. 1 silberne Herrenuhr „Cyankiewicz, Krakau", 1 belgische Pistole Kal. 7,65 mm, 1 Brieftasche mit 27 Dollar und verschiedenen Dokumenten, 1 silbernes Zigarettenetui mit Monogramm „M. S.", sowie die Geldsumme von zusammen 2 598,65 Zloty. Den Eindringlingen gelang es mit der Diebesbeute unerkannt zu entkommen. Weitere polizeilichen Untersuchungen sind im Gange. x.

Er gab in Kattowitz „Gastrollen". Einen guten Fang machte die Polizei, welche in der „Agrarbank" auf der ulica Dyrekcyjna in Kattowitz den Icek Pikhol von der ulica Ostrogorski aus Sosnowitz arretierte. Die Festnahme erfolgte in dem Moment, als er zum Schaden des Angestellten Paul Pastwa eine Aktentasche mit 5000 Zloty stehlen wollte. Der Täter wurde in das Kattowitzer Gerichtsgefängnis eingeliefert. x

Festnahme eines Einbrechers. Während eines Patrouillenganges entlang der Rawa in Kattowitz, bemerkte ein Polizeibeamter drei verdächtige Personen, welche einen größeren Sack mit sich führten. Auf den Anruf des Beamten „stehen zu bleiben" reagierten die Drei nicht, sondern ergriffen vielmehr die Flucht. Der Sack, in welchem sich Diebesgut befand, warfen die Täter von sich. In demselben befanden sich 14 Dosen mit Oelsardinen, 7 Pakete mit Käse, 8 Stück Butter usw. Das Diebesgut wurde beim Polizeikommissariat deponiert. Die Polizei nahm nach den flüchtigen Tätern sofort die Verfolgung auf und arretierte inzwischen einen gewissen Franz Mendor, zuletzt in Lwow wohnhaft. Die beiden anderen Einbrecher bfinden sich noch auf freiem Fuß. Der Arretierte wurde in das Gerichtsgefängnis eingeliefert. x.

Hinter Schloß und Riegel. Am Sonnabend wurden von der Kattowitzer Kriminalpolizei der Friseur Marian Zelech aus Chrzanow und der Händler Marjan Malata aus Kattowitz arretiert. Dieselben werden beschuldigt, in Kattowitzer Postgebäude einer gewissen Gertrud Sitkow aus Kattowitz Geld gestohlen zu haben. x.

Königshütte und Umgebung

Freitodversuch. An der ulica Glowackiego versuchte ein gewisser Emanuel G. von der ulica Mickiewicza durch Einnehmen von Essigessenz seinem Leben ein Ende zu bereiten. Im bewußtlosem Zustande wurde der Lebensmüde in das städtische Krankenhaus gebracht. Die Gründe sind unbekannt. m.

Folgenschwerer Verkehrsunfall. Gestern gegen 7 Uhr abends ereignete sich an der ulica Ogrodowa ein folgenschwerer Verkehrsunfall. Beim Ueberschreiten der Straße wurde der 7 Jahre alte Franz Kott von der ulica Bytomska 81 und der in dessen Begleitung sich befindliche 2 jährige Bernhard Tomczinski aus dem gleichen Hause, von einem Fuhrwerk des Besitzers Paul Zosnik aus Königshütte überfahren. Während Kott einen Beinbruch erlitt, kam der 2 jährige T. glücklicherweise mit leichteren Verletzungen davon. Der schwerverletzte Knabe wurde in das St. Hedwigsstift gebracht. Die Schuld soll den Fuhrwerkslenker treffen, der zur gleichen Zeit zwei Gespanne lenkte. m.

Festgenommene Ausreißer. Aus der Erziehungsanstalt in Teschen entflohen ein gewisser Maximilian Kaleja und Alfons Jagiello und wandten sich nach Königshütte. Die Königshütter Polizei wurde auf beide aufmerksam und verhaftete sie. K. wurde in Begleitung eines Anstaltsaufsehers in die Anstalt zurückbefördert, J. wiederum der Michalkowitzer Polizei wegen einem ausgeführten Diebstahl, übergeben. m.

Ein Billardspiel mit blutigem Ausgang. In der Restauration des Gasthausbesitzers Arndt in Klimsawiese, ulica Hajducka 84, kam es beim Billardspiel zwischen den Gästen zu einem Streit, der auf der Straße seine Fortsetzung fand. Hierbei wurde ein gewisser Ewald Prentzel aus Königshütte mit einem Messer dreimal in die linke Seite und ins Gesicht gestochen, der Gastwirt Stroka erhielt einen Messerstich in den Bauch. Beide Verletzten wurden in das städtische Krankenhaus überführt. Die Polizei stellte Ermittelungen ein. m.

Folge einer Betrugsaffäre. Wie bereits berichtet, hat sich der Kaufmann David Zacharias, der ein Schuhwarengeschäft an der ulica Jagiellonska besaß, einer Wechselfälschung in Höhe von 25 000 Zloty schuldig gemacht. Damit war die Existenz zu Grunde gerichtet. Die im Laden vorhandene Ware wurde versteigert, um teilweise den Schaden zu decken, Z. wanderte wiederum ins Gefängnis. Seine in Kongreßpolen wohnende Ehefrau hat sich dieser Tage aus Gram über die Tat ihres Mannes in ihren Heimatsort vor einen fahrenden Eisenbahnzug geworfen und wurde getötet. m.

Drei Einbrecher verhaftet. In der Nacht vom 11. bis zum 12. April wurde in das Radiogeschäft von Spika an der ulica Sienkiewicza 7 ein Einbruch verübt. Den Bemühungen der Polizei gelang es die Täter in den Personen Gerhard St. von der ulica Gimnazjalna 2, Hubert D. von der ulica Katowicka 36 und Paul Kopieczny von der ulica 3-go Maja ausfindig zu machen und festzunehmen. Einen Teil der entwendeten Apparate konnte den Einbrechern abgenommen werden. Die Täter wurden Gerichtsgefängnis Königshütte zugeführt. m.

Die Größe der Stadt Königshütte. Nach den neueren Feststellungen beträgt der Flächeninhalt der Stadt 6 291 432 Quadratmeter. Sollte die geplante Eingemeindung von Neuheiduk und Chorzow Verwirklichung finden, dann würde sich die Zahl verdoppeln. Die Einwohnerzahl beträgt annähernd 83 000 Einwohner, davon sind etwa 73 000 Personen katholisch, 5000 evangelisch, der Rest entfällt auf den jüdischen Bevölkerungsteil und Andersgläubige. m.

Siemianowitz

Mißstände in der Laurahütte. Fast alle Teilbetriebe der Laurahütte haben unter der Kurzarbeit stark zu leiden. Anstatt nun den Arbeitern wenigstens im Rahmen des Möglichen entgegenzukommen, indem auf möglichste Gleichmäßigkeit in der Verteilung der Feierschichten Wert gelegt wird, haben die Betriebsleitungen eine besondere Art von Günstlingswirtschaft eingeführt. Es gibt darnach eine Gruppe von Arbeitern, welche übermäßig mit Feierschichten belastet wird, während die Gruppe der Günstlinge nicht nur fast alle Tage arbeitet, sondern sogar noch Sonntags- und Ueberschichten verführt. Wenn schon nach den Familienverhältnissen eine Begünstigung aus einem gewissen sozialen Gefühl heraus vorliegen würde, könnte man es noch verstehen. Jedoch das Gegenteil ist der Fall. Die, welche es nicht so notwendig haben, werden begünstigt. Wiederholte Beschwerden seitens des Betriebsrates in dieser Hinsicht hatten bis jetzt keinen Erfolg. Scheinbar will die Verwaltung hierin keine Ordnung schaffen. Am schlimmsten sieht es in dieser Beziehung in der Drehwerkstatt aus. Aus anderen Betrieben sind jedoch auch Klagen laut geworden.

Verschlechterung der Arbeitslage in der Laurahütte. Diejenigen Betriebe in der Laurahütte, welche bis jetzt noch keine Feierschichten zu verzeichnen hatten, haben jetzt ebenfalls eine Einschränkung erfahren. Im Grobblechwalzwerk sind wegen Auftragsmangel bis auf weiteres Feierschichten eingelegt worden. Desgleichen sind im Stahlwerek, welches ausschließlich vom Grobblechwalzwerk abhängt, diese Woche vorläufig 8 Feierschichten angeordnet worden.

Anschlag auf den Achtstundentag. Die Hüttenverwaltung der Laurahütte hatte eine eigenartige Arbeitszeit im Grobblechwalzwerk eingeführt, welche einer Durchbrechung der achtstündigen Arbeitszeit gleichkommt. Dort wurde von 6—10 Uhr gearbeitet, hierauf eine zweistündige Pause eingelegt und von 12 bis 4 Uhr weitergearbeitet. In der zweiten Schicht wiederholte sich dasselbe. Hier wird wohl der Demobilmachungskommissar nach dem Rechten sehen müssen.

Als vermißt gemeldet. Aus seiner elternlichen Wohnung auf der ulica Bytomska 34 in Siemianowitz entfernte sich am 5. d. Mts. der 22jährige Franz Patas und kehrte seit dieser Zeit nicht mehr zurück. Der Vermißte ist 160 Zentimeter groß, hat dunkles Haar, sowie graue Augen. Bekleidet war der Verschwundene mit einem dunklen Anzug, sowie gelben Schuhen. Irgendwelche Auskünfte über den augenblicklichen Aufenthalt des jungen Mannes nimmt die Kattowitzer Polizeidirektion, oder die nächste Polizeistelle entgegen. r.

Michalkowitz. (Von einem Motorradler angefahren.) Auf der ulica Bytomska in Michalkowitz wurde von dem Motorradler Franz Tomanek die 5jährige Dorothea Wilkow angefahren. Das Mädchen erlitt zum Glück nur leichtere Verletzungen. Die Schuldfrage steht z. Zt. nicht fest.

Myslowitz

Janow. (Getäuschte Hoffnungen.) Nachdem die Arbeitslosigkeit vor zwei Jahren in unserer Gemeinde schon sehr beschränkt war, hegte man die Hoffnung, das infolge der besseren Konjunktur im Bergbau, die Arbeitslosigkeit gänzlich abgeschafft wird. Man ging auch langsam daran, die Suppenküchen zu beschränken, worauf später zwei derselben, und zwar im Ortsteil Gieschewald und Janow gänzlich eingestellt wurden. Für die Bedürftigsten der Gemeinde Janow kam nur noch die Suppenküche Nickischschacht, welche in der Volksschule untergebracht war, in Betracht. Da die Gemeinde allein jährlich zu den drei Suppenküchen 50 000 Zloty zuzahlen mußte, so war es klar, daß infolge des großen Abganges der Arbeitslosigkeit, auch die Gemeindeväter der alten Rada, mit froher Zuversicht in die Zukunft schauten, daß man dadurch Ersparnisse im Gemeindebudget erzielen werde. Bei den letzten Sitzungen der alten Gemeindevertreter hegte man daher den Plan, auf Einstellung der Suppenküche. Natürlich sollte ein Betrag zum Einkauf von Lebensmitteln, welche zur Verteilung an die Ortsarmen gelangen sollte, monatlich gesichert werden. Natürlich fanden sich „Wirtschaftskenner“ in der Rada, welche sich diesem Ansinnen widersetzten und die Weiterbehaltung der Suppenküche forderten, da man nicht wisse, was in kurzer Zeit die Zukunft bringen werde, da sogar Vorzeichen auf Verschlechterung der Wirtschaftslage vorhanden wären. Die guten Patrioten wollten das nicht glauben und arbeiteten auf Beseitigung der Küche, bis man sich schließlich einigte, die Suppenküche zu erhalten. Nach einem knappen halben Jahre verschärfte sich die Lage in den Hütten- u. Grubenanlagen, so daß man nach den letzten Gemeindewahlen jetzt mit einer erschreckenden Arbeitslosigkeit zu kämpfen hat. Alle drei Suppenküchen mußten erneut in Betrieb gebracht werden, da aber die Unterstützungen beschränkt, bezw. eingestellt wurden, müssen diese Suppenportionen unentgeltlich verabfolgt werden. Dies bereitet der Gemeinde große Sorgen und kostet ein Geld, überhaupt noch, da die Zuwendungen von der Wojewodschaft immer knapper werden. Die Arbeitslosen, sowie der Hunger frägt nicht danach und es ist das Verlangen aller zu den dünnen Suppen, wenigstens noch Brotportionen zu verabfolgen, was auch in dieser schweren Zeit durchgeführt werden müsse. Es liegt alles an den erhöhten Zuwendungen der Wojewodschaft und der Gemeinde selbst, diesem Verlangen entgegenzukommen, um dies auch baldigst durchzuführen. Natürlich gibt es auch bei uns Futterkrippenpatrioten, die nicht wissen, was Hunger bedeutet, und die Hungerproteste der Arbeitslosen als „Volksverhetzung und staatsumstürzliche Mache“ betrachten. Jeder vernünftige Mensch, weiß ganz genau, daß sich die Arbeiterschaft nicht verhetzen läßt, solange sie durch den Hunger dazu nicht gezwungen wird. Leider ist es schade, daß man den Ueberpatrioten in der Gemeinde noch nicht die Hälfte ihrer Einkommen beschnitten hat, damit sie wissen, was Sorge bedeutet.

Pleß und Umgebung

Bradegrube. (Unglücksfall.) Zu dem tödlichen Unglücksfall des Schlossers Mendetzki wird uns folgendes mitgeteilt: Am Freitag hat die Kommission, bestehend aus sieben Herren von der Staatsanwaltschaft, Gerichtsärzten und Bergrat, bei der Sezierung der Leiche folgendes festgestellt: Als die Stoppbüchse verpackt war, sammelte sich die Kompreßluft durch das Ventil im Zylinder, und durch den Druck ging die Kolbenstange zurück, wurde unverhofft vom Kreuzkopf zum Zylinder gepreßt. Mendetzki war durch die Quetschung sofort tot, indem ihm das Gehirn zu Augen und Nase austrat, später zurückgeschleudert und noch verletzt. Weitere Untersuchungen seitens der Bergbehörde fanden am Sonnabend statt, die Montag fortgesetzt werden. Dieser Tatbestand ist an der Unfallstelle in Gegenwart zweier Betriebsratsmitglieder festgestellt.

Emanuelssegen. (Frauenrache.) Die 33jährige Ehefrau des August Scheja, eine geborene Duda aus Ochojetz, ist eine Freundin der scharfen Tropfen. Als sie nun kürzlich des Guten zu viel hinter die Binde goß, machte ihr der Ehemann deswegen Vorhaltungen. Darüber erbost, nahm sie eine Sichel, ging aufs Feld hinaus und mähte auf diesem die ganzen Kartoffeln ab. Als sie zu Hause kam, stürzte sich die Frau mit der Sichel auf ihren Mann und schlug ihn so, daß er sich nach dem Lazarett begeben mußte. Nachdem sie glaubte, sich genug gerächt zu haben, packte sie ihre sieben Sachen, machte vor jedem Fenster ein Kreuzzeichen und fuhr zu ihrer Mama nach Ochojetz heim. Die Frau leidet wahrscheinlich an Religionswahnsinn.

Lonkau. (Vom Blitz getroffen.) Der 35jährige Landwirt Tendera wurde am Sonnabend auf der Wiese vom Gewitter überrascht und erschlagen. Sein Schwiegervater trug schwere Brandwunden davon.

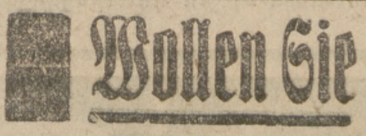
Nikolai. (Vom Gerüst gestürzt.) Auf der ul. Bytomska stürzte ein Arbeiter vom zweiten Stockwerk aufs Straßenpflaster. Er hatte Glück im Unglück, denn die Verletzungen waren nur gering und er konnte seine Arbeit weiter verrichten. Die Schuld trägt der Bauunternehmer, weil er das Gerüst nicht vorschriftsmäßig anbringen ließ. Die maßgebenden Behörden täten gut, eine Revision bei den Bauunternehmern zu unternehmen, damit die Unglücksfälle vermieden werden. z.

Rybnik und Umgebung

Der tägliche Fahrraddiebstahl. Zum Schaden des Anton Pietraszka in Rydultau wurde ein Herrenfahrrad Marke „Opel“ Nr. 164 027 im Werte von 180 Zloty gestohlen. Vor Ankauf des Fahrrades wird polizeilicherseits gewarnt. r.

Pschow. (Wucherpreise beim Ortspfarrer.) So wie in vielen anderen Landgemeinden, hat auch der Pschower Ortspfarrer genügend Acker bei seiner Pfarrei. Da er wenig Lust hat, sich mit einer größeren Landwirtschaft zu befassen, denn die Wallfahrtskirche bringt doch eine ziemliche Portion Einnahme, so hat der Pfarrer diesen Acker verpachtet. Man möchte glauben, daß er der Lehre Christus gefolgt ist und den Acker billig oder gar unentgeltlich an die armen Landwirte vergeben hat. Weit gefehlt, auch bei ihm ist der Mammon verlockend. Wenn er ihn nur recht viel und ohne große Mühe zusammen bringen könnte. So hat er den Acker mit 60 Zloty für den Morgen an die Landwirte verpachtet. Das ist ein Preis, den man wirklich als Wucherpreis bezeichnen kann. Wenn wir bedenken, daß sich der arme Mann auf diesem Acker genügend anarbeiten muß, wenn er einen Nutzen davon haben will. Oft sind die Zeiten so schwer, daß keine 60 Zloty Reingewinn von einem Morgen Acker erzielt werden können und da muß der arme Mensch zu seiner schweren Arbeit noch zuzahlen, denn der Pfarrer braucht das Geld. Sonst müßte er Hungers sterben. Hier kann man sehen, daß auch bei einem Geistlichen, die Nächstenliebe nur bis zum Geldbeutel langt. Das andere ist, das eigene „Ich“ und wie kann ich noch zu Gelde kommen. Zu dem Gelde, welches Christus verwünscht hat und die wuchernden Juden aus dem Tempel vertrieb. Heute sind die Nachfolger Christus zu Wuchern geworden. Vielleicht wird diese Mahnung dem Pschower Ortspfarrer genügen und er wird bei der nächsten Verpachtung des Kirchenackers etwas christlicher handeln und den Preis bedeutend herabsetzen. Wenn er das tut, so wird er auch bei seinen Parochianen beliebter. Bis jetzt ist die Liebe der Pschower Bürger zu ihrem Ortspfarrer nicht zu groß gewesen, trotzdem man die Bevölkerung nicht zu den gottlosen zählen kann. —a.

Pschow. (Weißwäschediebstahl.) Aus einem unverschlossenen Korridor wurde zum Schaden des Erich Pozamonik Weißwäsche gestohlen. Der Schaden wird auf 200 Zloty beziffert. Vor Ankauf wird polizeilicherseits gewarnt. r.



kaufen oder verkaufen? Angebote und Interessenten verschafft Ihnen ein Inserat im „Volkswille“


Der König von Troplowitz

Roman von Olga Wohlbrück. (Nachdruck verboten.)

18)

„Die kommt dann schon. Die kriegt dann der der Kürschner. Nit einer natürlich. Aber das ist dann nit mehr meine Sache.“

„Doch ist's deine Sache. Denn wenn er dich angeführt hätte, dein... Grenzfreund. Was denn... he?“

Leo Fabian lachte herzlich auf.

„Dann...? Dann nehme ich mir den Notar und Justizrat Schirmer aus Gruß-Brassel, daß er mich reinwäscht wie ein Lämmel, klar beweist, daß es mich auch nit an bissel Schuld trifft an der ganzen G'schichte und daß nur mein... Grenzfreund der Erzhalunke ist, was ja dann schon aus seiner Flucht und Unauffindbarkeit zu entnehmen wäre. Daß ich aber meine hunderttausend Kuranttaler bar bezahlt und nit die mindeste Veranlassung hätte, meinen schönen Verdienst herauszugeben. Und der Herr Notar und Justizrat Schirmer wird schon Sachverständige finden, die die Felle...“

Da war der Notar so weiß geworden im Gesicht wie nie vorher im Leben.

A so — das nennst du ein nettes Geschäft! So macht ihr's heute? Ja... da kann man's schnell verdienen sein Geld... will ich gern glauben... Nur mich laß du mit so was aus dem Spiel... da mach' ich nit mit ... dafür bin ich zu alt, das ist mir zu...“

„Ungewohnt,“ fiel Leo ihm ins Wort, „nur ungewohnt, Onkel Schirmer, weiter nix. Und noch ein bissel zu langsam geht's. Das Bähnel müßt man eben haben. Bis man jetzt von Troplowitz nach Berlin kommt... Weißt, wenn's erst so schnell wie der Wind geht, dann hat man auch gar nit Zeit, sich die Freude an allem zu vermurcheln. Denn Freude g'hört zum Gelingen. Das is nu mal gewiß.“

Der Herr Notar schüttelte den Kopf.

„Kaufen ohne Geld, verkaufen, was man nicht hat — eine Spitzbuberei ist das, die vor den Staatsanwalt gehört.“

„Und im Hause des Herrn Notar Schirmer von demselben Staatsanwalt bewundert wird, wenn sie schlau eingefädelt war und den Spitzbuben zum reichen Mann gemacht hat.“

Da war's dem alten Herrn, als hätte diesmal der junge Bursche ihn an der Brust gepackt und geschüttelt, daß er plötzlich erwachen mußte aus dem bequemen Trott im Doppelgeleise seiner gesinnungslosen Anpassungsmoral. Und wenn die Hochzeit nicht schon angesetzt gewesen wäre auf den übermorgigen Tag — wer weiß, ob der Fabian-Leo die Schirmer-Lilli bekommen hätte! Vielleicht hätt' er sich's doch noch gründlich überlegt, ehe er sein Kind einem anvertraute, der so wenig bedenklich war in allem. Denn die Dämchen fielen ihm auch noch nebenbei ein, die dem Leo die Tribünenkarten abgeschmeichelt.

So saß denn der Herr Notar sehr blaß und still an der Hochzeitstafel, und es fiel ihm nur auf, daß auch die Lilli ganz still war, der Leo aber von fast unanständiger Lustigkeit, und daß er ihre Hand nahm so ganz ohne Scheu und Zartheit, wie etwas, das ihm schon längst von Rechts wegen gehöre. Sie aber hielt die Augen meist auf den großen Myrtenstrauß gerichtet, der vor ihr in einem schönen böhmischen Rubinglas stand, und gab verkehrte Antworten, wenn man das Wort an sie richtete, und saß schließlich da, als ginge sie das Getriebe gar nichts an, und als möchte sie sich am liebsten wo verkriechen, um sich auszuschlafen oder auszuweinen...

Und indem rief der Leo plötzlich so laut, daß alle aufhorchten —

„Wo haste denn die Perlenschnur, Lilli, die ich dir geschenkt habe?“

Sie griff an den Hals, und heiße, brennende Röte legte sich über ihre Wangen, stieg ihr hinauf bis unter die Haare und überzog das feine schlanke Hälschen. Da wurde auch er rot und rief noch lauter:

„Weiß schon... ich hab' sie weggesteckt... kriegst sie erst morgen... wenn du brav gewesen bist.“

Die Männer belachten, was sie für einen derben Witz hielten. Die Frauen kicherten. Der Herr Notar hob die Tafel auf. Bessere Manieren hatte er dem Fabian-Leo schon zugetraut nach all den Jahren in seinem Hause...

Im blauen Samtsalon waren die Möbel ausgeräumt und der Bräutigam tanzte den ersten Tanz mit seiner jungen Frau. Durch die Fenster brach die Nachmittagssonne herein — in warmem rotem Glutschein. Geige, Baß und Flöte spielen voll Eifer zum Klavier, das Lillis alter Lehrer mit aller Hingabe bearbeitete, Lillis Schwestern schlossen sich mit ihren Kavalieren dem tanzenden Brautpaar an, die anderen folgten. Es war eine Hochzeit „komilfo“, wie es am nächsten Tage in der Stadt hieß. Niemand merkte, daß der Brautvater längst nicht mehr unter den Gästen war. Niemand wußte, daß er noch einen letzten Blick in das Mädchenstübel werfen wollte, das mit dem heutigen Tage abgeschlossen und von morgen vielleicht schon als Rumpelkammer benutzt werden würde. Niemand sah es, wie er sich bückte... zehn-, fünfzehn-, zwanzigmal und mit zitternden Fingern Perle um Perle einsammelte, die von der gerissenen Schnur herab über das ganze Zimmer gekollert waren. Von der verräterischen Schnur, die nackt und jämmerlich auf dem zerwühlten Kopfkissen lag in der geschwungenen Kurve eines großen Fragezeichens...

Niemand sah, wie der gutmütige, elegante Herr Schirmer, dem die ganze Welt bisher immer nur ein pläsierliches Vergnügen gewesen, das er sich durch sein goldenes Lorgnon betrachtet hatte, die Perlen barg in seiner Hand, die er zur Faust ballte.

Und rang nach Luft, der Herr Notar Schirmer, und trank das Nestel Wasser aus der Flasche vom Waschtisch und glättete die Decken, glättete die Kissen, daß die Mägde nicht etwa... oder die Schwestern was merkten, wenn sie kamen, der Braut ins Reisekleid zu helfen. Und ging dann wieder zu den Gästen zurück. Und ließ sich gratulieren zu dem scharmanten Schwiegersohn und baldige Großvaterfreuden wünschen und darf mit bebenden Fingern sein Lorgnon hin und her und tat, als merkte er es nicht, daß die Lilli plötzlich verschwunden war und dann der Leo, und ließ sich dreimal leise herausrufen zu dem jungen Paar in sein Arbeitszimmer und zuckte nur zusammen, wie der Leo sagte:

„'s wird Zeit, Papadel, der Wagen unten wartet.“

Wollte sich's fast verbitten, das „Papadel...“ Aber schon hing ihm die Lilli am Halse. Netzte seine weiße Atlasbinde mit Tränen.

„Papadel... liebes, gutes Papadel...! Ich hab' ihn ja so lieb!“

Da ließ er's laufen, wie es lief. Schob die Kinder nur von sich, weil sich ihm zu viel auf die Lippen drängte und er sich zu verraten fürchtete beim ersten Wort. Hielt dann aber doch den Schwiegersohn im letzten Augenblick zurück und steckte ihm ein Papierdütel in die Hand, das sich anfühlte, als wären Erbsen darin.

(Fortsetzung folgt.)

Bielitz, Biala und Umgegend

Bielitz und Umgebung

Die Beskidenländische als Freundin der arbeitenden Bevölkerung!?

Bisher hatten wir stets Gelegenheit wahrzunehmen, daß in der hiesigen Beskidenländischen Deutschen Zeitung nur die Interessen der besitzenden Klasse gewahrt wurden. Dies soll aber angeblich nicht den Tatsachen entsprechen. Wenigstens entnimmt man dies aus dem „Zerrspiegel der Woche" vom Sonnabend, den 11. d. Mts. der Beskidenländischen. In diesem Zerrspiegel regt sich dieses Hakenkreuzlerblatt über unsere Werbenotiz, welche öfter als Füller in der Volksstimme erscheint, auf. Es ärgert diese Hakenkreuzler furchtbar, daß die Volksstimme die einzige Zeitung am Orte ist, welche sich der Not der arbeitenden Bevölkerung annimmt. Beskidenländische buhlt doch auch um die Gunst der Arbeiter, wenn sie auch sonst den armen Arbeiter nur über die Achsel anzuschauen gewohnt ist. Glaubt denn die Beskidenländische, daß wenn sie Stimmung für Verabreichung von Wassersüppchen an Arbeitslose macht, schon weiß der Himmel was für eine Wohltat der arbeitenden Bevölkerung erweist?

Nun, was das Schimpfen anbelangt, so sind speziell die Hakenkreuzler Meister darin. Jetzt möchten sie sich auf einmal als die unschuldigsten Lammerl aufspielen!

Zum Schluß möchten wir der „Arbeiterfreundlichkeit" markierenden frommen Beskidenländischen Deutschen Zeitung den Bibelspruch in Erinnerung bringen, wo es heißt: „Niemand kann zugleich zwei Herren dienen!" Die Beskidenländische tut doch auch recht christlich und müßte deshalb auch die christlichen Grundsätze befolgen.

Man kann nicht zu gleicher Zeit Ausbeuterinteressen und auch die Interessen der Ausgebeuteten vertreten. Feuer und Wasser verträgt sich nicht.

Aber die Hakenkreuzler spekulieren auf die Leichtgläubigkeit der Indifferenten, die sich mit solchen Phrasen vielleicht einfangen lassen. Sie brauchen die Arbeiter nur zu Staffagezwecken.

In ganz Europa Angriffe gegen die Arbeitslosenversicherung!

Nahezu gleichzeitig sind in der vergangenen Woche in den wichtigsten Ländern Europas von Regierungen und Unternehmern heftige Angriffe gegen die Arbeitslosenversicherung und -Fürsorge eingeleitet worden. Nachdem die Weltwirtschaftskrise ihren Höhepunkt erreicht hat und nicht mehr länger mit entscheidenden Sanierungsmaßnahmen zugewartet werden kann, sollen die durch die kapitalistische Wirtschaft in Not und Elend gestürzten Arbeitslosen aus den Hungerpfennigen der Arbeitslosenversicherung die Mißwirtschaft des Kapitalismus decken!

Die Antwort der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft aller Länder lautet: Nein! Die gleichzeitige Ablehnung aller Verschlechterungen muß Regierungen und Unternehmer in die Unmöglichkeit versetzen, Verschlechterungen in anderen Ländern durchzudrücken!

Was ein Vertreter der Arbeiterschaft im österreichischen Nationalrat bei der Unterbringung eines neuen Schandgesetzes gegen die Sozialversicherung und insbesondere gegen die Arbeitslosenversicherung gesagt hat, soll in allen Ländern Europas ein Echo finden:

„Der Staat und die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die nicht imstande sind, den Menschen, die gerne arbeiten würden, wenn sie nur Arbeit fänden, Arbeit zu verschaffen, haben, wenn sie ihnen nicht empfehlen wollen, das irdische Jammertal zu verlassen, keine andere Wahl, als die Arbeitslosen durch die nur allzu kargen Unterstützungen über Wasser zu halten."

Arbeiter und Bauern

Die Mehrzahl unserer Bauern sind Arbeitsbauern, die durch eigene harte Arbeit ihren Lebensunterhalt erwerben. Draußen in den kleinen Dörfern unseres Gebietes leben sie mit Kleinhäuslern und Arbeitern zusammen, deren Lebensbedingungen ungünstiger sind als die der Bauern. Der größere Teil dieser Arbeitsbauern gehört zum Bund der Landwirte und sie glauben, daß dies ihre entsprechende Interessenvertretung ist. Jede andere Regung im Dorfe, etwa die Gründung einer sozialdemokratischen Organisation, erweckt bei ihnen Mißtrauen und wird als Störung des Dorffriedens angesehen. In der Gemeinde haben diese Bauern früher einmal allein geherrscht, nun reden auch die Arbeiter und Kleinhäusler mit in die Verwaltung hinein und sehr häufig führen sie heute die Gemeinde. Auch das paßt dem Bauer nicht recht, der die Gemeinde nur als eine Erweiterung des Hofes ansieht. Aus der verschiedenen Einstellung der Menschen zu den Fragen des öffentlichen Lebens, die bedingt werden durch ihre soziale Lebensstellung, resultieren dann die Differenzen, die auch in den kleinen Dörfern nicht fehlen, obwohl ein tiefgehender wirtschaftlicher Klassengegensatz eigentlich nicht vorhanden ist. Die Bauern glauben, die Sozialdemokraten müßten sich nach ihnen richten, im Dorfe die Arbeiter und Kleinhäusler. Aber das ist ein Irrtum. Sie vergessen, daß sie wirtschaftlich nicht allein mit der Scholle verbunden sind, sondern abhängig sind von Marktverhältnissen, die von Faktoren beeinflußt werden, auf die sie gar keinen Einfluß haben. Der Bauer muß auch Produkte seiner Arbeit verkaufen (Getreide, Milch, Butter, Eier usw.). Vom Preis dieser Waren hängt seine soziale Lage stark ab, denn er muß wiederum Sachen kaufen, die er nicht mehr in seiner Wirtschaft erzeugt. Diese Tatsache bindet den Bauern an die Wirtschaft des Landes und an die Weltwirtschaft. Die Vorgänge in der überseeischen Landwirtschaft, die Erschließung neuer Getreidegebiete durch Traktoren und Mähdrescher, die zu einer Vermehrung der Weltproduktion führen oder die Weltkrise der Industrie, die zu einer Senkung der Kaufkraft von Millionen arbeitender Menschen führt, finden ihre Auswirkung auf die Preise der landwirtschaftlichen Produkte in der ganzen Welt. Der Bauer, der nun durch diese schlechteren Verhältnisse in Bedrängnis kommt und die Zusammenhänge nicht kennt, sucht die Ursache in einer ganz falschen Richtung. Die Abnehmer der bäuerlichen Produkte sind die Arbeiter und Angestellten in den Städten. Wenn ihre Lohnverhältnisse besser sind, bedeutet das eine Ausdehnung des Marktes landwirtschaftlicher Waren. Es könnte ja heute viel mehr konsumiert werden, wenn die Menschen Arbeit und Verdienst hätten. Das Interesse unserer Arbeitsbauern ist daher dem Interesse der Arbeiter und Angestellten in den Städten nicht entgegengesetzt, sondern hat viel Gemeinsames. Daher ist die Einstellung unserer Bauern zur Sozialdemokratie völlig falsch. Sie beruht auf einer völligen Verkennung ihrer wirklichen Lage. Durch den wirtschaftlichen Aufstieg des arbeitenden Volkes in den Städten können die Arbeitsbauern nur gewinnen. Sie müssen daher im eigenen Interesse mithelfen, diesen wirtschaftlichen Aufstieg zu ermöglichen.

Die Eisenbahn modernisiert sich. Der Eisenbahnrat wird im Verein mit dem Verkehrsministerium dafür sorgen, daß die Klagen des reisenden Publikums über die mangelhafte Kenntlichmachung der Stationsnamen in jeder Weise Berücksichtigung finden sollen. Es ist festgestellt, daß sich die Passagiere an vielen Stationen und Haltestellen nicht schnell genug orientieren können, weil die Namensaufschrift vielfach nur an der Vorderfront des Hauptgebäudes angebracht ist. Diese Inschrift mit der Stationsbenennung sind zudem oft noch von dem dichten Blätterdach der davorstehenden Bäume vollkommen verdeckt. Es werden daher auch an den Seitenfronten die Stationsnamen angebracht werden, desgleichen an allen Nebengebäuden. Wenn eine Haltestelle nur aus einem einzigen Gebäude besteht, muß in einer gewissen Entfernung in beiden Richtungen des Schienenstranges je eine weithin sichtbare weiße Tafel mit dem Stationsnamen in schwarzen Lettern angebracht werden. Die Aufsichtsbeamten sind angewiesen worden, daß jede Beschwerde des reisenden Publikums in dieser Hinsicht sofort der zuständigen Direktion weiter zu melden ist. Diese Verfügung ist besonders im Interesse der aus dem Auslande zu uns kommenden Reisenden zu begrüßen, die oft nur ihre Orientierung nach dem Kursbuche vornehmen müssen und meist nicht polnisch verstehen. Wichtig ist auch folgendes Rundschreiben des Verkehrsministers an die nachgeordneten Dienststellen: An den heißen Tagen sind sämtliche Stationsvorsteher verpflichtet, umgehend neue Hähne mit Wasserleitung vor den Stationsgebäuden oder direkt auf den Perrons anzubringen, damit jeder Reisende Gelegenheit hat, sich und seine Angehörigen mit kühlem Trinkwasser zu versorgen.

Ein Brandunglück. Montag früh gegen 3 Uhr brach in Biala-Leszczyn ein Brand aus, dem der Werkstättenschuppen des Tischlers Johann Ungeheuer zum Opfer fiel. Das in der Nähe sich befindliche Wohnhaus fing bereits auch Feuer, konnte aber durch die inzwischen eingetroffene Feuerwehr noch rechtzeitig gelöscht werden. Der Werkstättenschuppen, welcher ganz aus Holz gebaut war, konnte nicht mehr gerettet werden. Der Brandschaden beträgt über 10 000 Zloty. Es wird vermutet, daß Brandstiftung vorliegt. Die Untersuchung ist im Gange.

Einbruch in die Magistratskasse in Bielitz. Heute früh gegen 5 Uhr wurde in die Magistratskasse in Bielitz eingebrochen. Näheres berichten wir in der nächsten Nummer.

Boshafte Beschädigung fremden Eigentums. In der Nacht auf den 7. Juli l. Js. drangen unbekannte Täter in den eingezäumten Garten des Heinzendorfer Polizeipostenkommandanten und hatten mit einer Axt 27 Obstbäume umgehauen. Der Schaden beträgt gegen 330 Zloty. Es scheint ein persönlicher Racheakt vorzuliegen.

Verlorene Militärpapiere. Am Sonntag, den 12. dieses Monats wurden auf der durch Alt-Bielitz führenden Straße ein Militärbüchel mit Mobilisierungskarte, lautend auf den Namen Franciszek Malkus, verloren. Der redliche Finder wird ersucht dieselben in der Alt-Bielitzer Gemeindekanzlei abzugeben.

Verlustanzeige. Die in Brzeszcze wohnhafte Theresia Bartkowa hat in dem von Dziedzitz nach Bielitz verkehrenden Zuge eine goldene Uhr mit einer langen goldenen Kette verloren. Der Gesamtwert der Kette mit Uhr beträgt 400 Zl. Der redliche Finder möge dieselbe bei der Bielitzer Polizeidirektion abgeben.

Lipnik. Der Verein der Schulkinderfreunde in Lipnik fühlt sich veranlaßt, anläßlich des am Sonntag, den 12. dieses Mts. stattgefundenen Kinderausfluges allen Teilnehmern, sowie Spendern, auf diesem Wege den herzlichsten Dank auszusprechen. Besonderen Dank sprechen wir dem rührigen Festkomitee und der Kindergärtnerin für ihre opferfreudige Mitarbeit aus. **Die Vereinsleitung.**

Lipnik. (Waldfest.) Der Arbeitergesangverein „Freiheit" in Lipnik, veranstaltet am Sonntag, den 19. dieses Mts. ein Waldfest in Macejowskis Wäldchen unter dem Jägershaus. Beginn um 9 Uhr vormittags, Frühschoppenkonzert. Eigenes reichhaltiges Büfett. Entree freie Spenden. Autobusverkehr. Um zahlreichen Besuch ersucht das Komitee.

Wo die Pflicht ruft!"

Sozialdemokratischer Wahlverein „Vorwärts" in Lipnik.

Montag, den 20. Juli 1931, um ½7 Uhr abends, findet in Herrn Andreas Englerts Gasthaus in Lipnik eine Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereines „Vorwärts" in Lipnik statt. Tagesordnung: 1. Verlesung des Protokolls der letzten Mitgliederversammlung. 2. Kassenbericht. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Gemeindeangelegenheiten. 5. Allfälliges. Da wichtige Angelegenheiten zu besprechen sind, ist es Pflicht aller Mitglieder bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Wochenprogramm des Vereins jugendlicher Arbeiter. Bielitz.

Mittwoch, den 15. Juli, 6 Uhr abends, Mädchenhandarbeit, 8 Uhr abends, Vorstandsbesprechung.

Donnersag, den 16. Juli, 7 Uhr abends, Mitgliederversammlung, 5 Uhr nachm., Handballtraining.

Sonnabend, den 18. Juli, abends Abfahrt unserer Genossen nach Wien. Die Vereinsleitung.

Schimpfen nutzt nichts

wenn Du auf der einen Seite über die miserablen Lebensverhältnisse schimpfst, wenn Du dann aber doch

bürgerliche Zeitungen unterstützt.
Wo bleibt dann die Konsequenz?

Es gibt **nur eine Zeitung in Bielitz,** die sich der Not der arbeitenden Bevölkerung annimmt

„Die Volksstimme"

für das Bielitz-Bialaer Industriegebiet.



Englands Parteien vereinigen sich zu einer Weltabrüstungskundgebung

Oben: Die Führer der englischen Parteien, die auf der Abrüstungskundgebung sprachen: Von links nach rechts: Macdonald (Arbeiterpartei), Lloyd George (Liberale), Baldwin (Konservative). — Unten: Die Alberthall in London, wo die Kundgebung stattgefunden hat. Die Führer der englischen Parteien haben sich zu einem Akt seltener Einmütigkeit zusammengefunden. In Londons größter Konzerthalle, sowie gleichzeitig im Hyde-Park hat von allen drei Parteien gemeinsam veranstaltete Kundgebungen für die Weltabrüstung stattgefunden, die auf zahlreiche europäische Rundfunksender übertragen wird.

Der Ursprung der roten Fahne

Erst Wahrzeichen der „Ordnung“, dann Sinnbild der Revolution

Die rote Fahne ist nicht nur das Feldzeichen der deutschen Sozialdemokratie, sondern rings um den Erdball das Sinnbild der um ihre Befreiung kämpfenden Arbeiterklasse, das Symbol der sozialistischen Revolution; mit Hammer und Sichel verziert, ward sie darum zur Staatsflagge der Sowjetunion. Da aber die wenigsten wissen, wie Rot zur Farbe der Auflehnung wurde, kommt eine wissenschaftliche Untersuchung sehr zupaß, die Gabriel Perreux unter dem Titel „Les origines du drapeau rouge en France“ (Der Ursprung der roten Fahne in Frankreich) in dem Pariser Verlag der Presses Universitaires de France herausgibt; weil es sich bei dem purpurnen Banner um ein internationales Wahrzeichen handelt, ist das Buch nicht nur für Frankreich wesentlich.

Als die rote Fahne zum erstenmal in einer Revolution auftauchte, haftete ihr gerade die umgekehrte Bedeutung wie heute an. Am 21. Oktober 1789, also drei Monate nach dem Bastillensturm, beschloß nämlich die französische Nationalversammlung ein Gesetz über die Handhabung des Ausnahmezustandes; Artikel 2, 3, 4 und 12 des Dekrets bestimmten, daß zum Zeichen der bevorstehenden Verwendung von Militär gegen Zusammenrottungen aus dem Hauptfenster des Rathauses eine rote Fohne auszuhängen sei und daß zugleich die Verkündigung des Belagerungszustandes unter Entfaltung einer roten Fahne zu erfolgen habe:

> Das Zeigen der roten Fahne genügt, um alle Ansammlungen, seien sie bewaffnet oder nicht, zu Verbrechen zu stempeln und mit Gewalt zerstreuen zu lassen.
>
> Die Nationalgarde, reguläre Truppe und Gendarmerie ist gehalten, sofort unter dem Befehl ihrer Offiziere unter Vorantragen einer roten Fahne und unter Begleitung mindestens eines Munizipalbeamten auszurücken ...
>
> Nach Wiederherstellung der Ruhe erlassen die Munizipalbeamten eine Verordnung über Aufhören des Kriegsrechts, und die rote Fahne wird eingezogen und während acht Tagen durch eine weiße ersetzt.

Woher die rote Farbe bei Verkündung des Ausnahmezustandes, blieb unausgesprochen, aber aller Wahrscheinlichkeit nach dachten die Gesetzgeber an die Standarte der mittelalterlichen Könige, die berühmte Oriflamme, die ein mit goldenen Flammen besticktes scharlachenes Tuch war. Denn auch die bescheidene Flagge des Dekrets vom 21. Oktober 1789, bei deren Hissung der Bürger wußte: Jetzt ist dicke Luft! war nichts anderes als

das Sinnbild der Souveränität der herrschenden Gewalten,

vor der sich in Augenblicken der Gefahr alles zu beugen hatte.

Aber da sie sich eben nur dann entrollte, wenn die bewaffnete Macht im Innern eingesetzt wurde, verband sich mit ihr die Vorstellung von Unruhen, Bürgerkrieg und Blutvergießen, und zwar um so mehr, als die erste Gelegenheit, bei der Paris sie zu sehen bekam, das Gemetzel auf dem Marsfeld am 17. Juli 1791 war: in eine friedliche Kundgebung für die Republik, die wegen der Flucht Ludwigs XVI. zum erstenmal eine Losung in vieler Munde war, pfefferte die Nationalgarde rücksichtslos hinein und ließ Tote und Verwundete zu Hauf auf dem Platz zurück. Neunzehn Tage flatterte damals die rote Fahne aus dem Fenster des Rathauses, für die Massen, die sie als Symbol der blutigen Gegenrevolution auffaßten, ein Gegenstand des Ingrimms und Abscheus. Noch am 20. September 1792, nach Tuileriensturm und Königssturz, verlangte eine Eingabe an die Legislative, daß die rote Fahne, „die noch vom Blut unserer auf dem Marsfeld hingemordeten Brüder trieft, zu Füßen des Grabmals, das den Namen dieser unserer Mitbürger und den am 10. August für die Freiheit Gefallenen im Tuileriengarten errichtet wurde, verbrannt werde“, und als im November 1793 Bailly, der sich als Bürgermeister von Paris mit der Verantwortung für jenes Massaker belastet hatte, das Schafott bestieg, wurde die rote Fahne des Kriegsrechts hinten an dem Karren befestigt, der ihn zur Hinrichtung fuhr, und vom Henker angesichts der schaulustigen Menge feierlich den Flammen überantwortet.

Aber schon vorher war der Gedanke aufgekeimt, die rote Fahne als das Sinnbild der gesetzlichen Staatsgewalt den Händen der Machthaber zu entreißen und den Fäusten des Volkes zu übergeben. Noch war es bildlich gemeint, wenn Heberts Blatt äußerte, der „Pere Duchene“ werde im Namen des souveränen Volks „die große rote Fahne der öffentlichen Meinung“ entfalten, aber während der politischen Hochspannung des Sommers 1792 befaßte man sich in den Zirkeln, die die Erhebung gegen die hoch- und landesverräterische Bourbonendynastie vorbereiteten, auch mit Anfertigung einer roten Fahne, die die bezeichnende Inschrift trug: „Kriegsrecht des Volkes gegen den Aufruhr des Hofes“. Ob über den Tuillerienstürmern wirklich eine solche rote Fahne wehte, steht dahin; Jaures wenigstens nimmt es an, da er im vierten Bande seiner Geschichte der Revolution sagt: „Am 10. August flatterte die rote Fahne hier und da über den Sturmkolonnen der Revolution. Sie bedeutete:

Wir, das Volk, sind jetzt von Rechts wegen da.

Wir sind jetzt das Gesetz. In uns ruht die rechtmäßige Gewalt. Und der König, der Hof, die gemäßigte Bourgeoisie, alle die Heimtücker, die unter dem Namen Konstitutionelle in der Tat Verfassung und Vaterland verraten, sie sind die Aufwiegler. Indem sie sich dem Volk widersetzen, widersetzen sie sich der wahren Gesetzlichkeit, und darum verkünden wir gegen sie das Kriegsgericht. Wir sind keine Aufrührer. Die Aufrührer sind in den Tuillerien, und gegen die Aufwiegler des Hofs und der Mäßigungspartei kehren wir im Namen des Vaterlandes und der Freiheit die Fahne der gesetzlichen Unterdrückung.“

Jaures fährt fort: „So war sie mehr als ein Zeichen der Rache. Sie war nicht die Fahne der Vergeltung. Sie war die prächtige Fahne einer neuen Gewalt, die sich ihres Rechtes bewußt war, und deshalb wird das Proletariat allemal, wenn es seine Kraft und seine Hoffnung ausdrücken will, die rote Fahne entfalten.“ Auf jeden Fall galt seit dem Sommer 1792 die rote Fahne als Symbol der entschlossenen Revolution, des linken Jakobinertums, des gnadenlosen Terrors, der sozialen Auflehnung, obwohl es an Beweisen dafür fehlt, daß die Aufstände des Jahres 1795 unter der Losung: Brot und die Verfassung von 93! und die Verschwörung Babeufs und der „Geichen“ diese Farbe hißten. Während der napoleonischen Diktatur tauchte sie nicht nur nicht als Revolutionszeichen auf, sondern wurde sogar den Gardegrenadieren zu Fuß als Feldzeichen verliehen; ihre Fahne war aus roter Seide, mit goldenen Bienen durchwirkt, in der Mitte der kaiserliche Adler, in den vier Ecken das N; bei dem berühmten Abschied von Fontainebleau im Jahre 1814 war es dieses purpurne Fahnentuch, das der erledigte Imperator an seine Lippen zog.

Wenn auch die Barrikadenschlacht des Juli 1830 einzig unter der von der Restauration verfemten Trikolore geschlagen wurde, so band doch die republikanische Opposition gegen das Bürgerkönigtum sehr bald ein rotes Tuch an eine Stange und hielt diese Fahne trutziglich hoch. Als das Leichenbegängnis eines beliebten Redners der Linken, des Generals Lamarque, am 5. Juni 1832 zu einem bedrohlichen Aufmarsch aller Gegner des Regimes führte, schwebte plötzlich über der den Sarg umgebenden Menge eine rote Fahne. „Es hat“, erzählt Heinrich Heine in einem seiner Pariser Berichte an die „Augsburger Allgemeine Zeitung“, „eine mystische Bewandtnis

mit dieser roten schwarz umfransten Fahne, worauf die schwarzen Worte: Freiheit oder Tod!

geschrieben standen, und die, wie ein Banner der Todesweihe, über alle Köpfe am Pont d'Austerlitz hervorragte. Mehrere Leute, die den geheimnisvollen Fahnenträger selbst gesehen haben, behaupten: Es sei ein langer, magerer Mensch gewesen, mit einem langen Leichengesichte, starren Augen, geschlossenem Munde, über welchem ein schwarzer altspanischer Schnurrbart mit seinen Spitzen an jeder Seite weit hervorstach, eine unheimliche Figur, die auf einem großen schwarzen Klepper gespenstisch unbeweglich saß.“ Als dieser Fahnenträger, der siebenundzwanzigjährige Baptiste Francois Peyron, sich selber den Gerichten stellte, ließ man ihn mit einem Monat Gefängnis davonkommen, weil man ihn für geistig minderwertig erklärte, aber an jenem Tage, dessen Kundgebung in die erbittertsten Straßen- und Barrikadenkämpfe mündete, wehte auch an anderen Stellen, an der Porte Saint-Denis, auf dem Vendome-Platz und auf der Place-des-Petits-Peres, die rote Fahne; sie erhielt ihre Feuertaufe und Blutweihe und flatterte auch 1834 und 1835 Aufstandsversuchen in Paris wie in der Provinz voran.

Kaum verspürte denn im Februar 1848 die französische Hauptstadt die ersten Anzeichen revolutionären Fiebers, als auch schon die rote Fahne zum Vorschein kam. Die Menge, die am 23. Februar an der Ecke der Straßen Clery und Petit Careau einen Fiaker umwarf, um Grundstoff zum Barrikadenbau zu erhalten, schwenkte den roten Fenstervorhang der Droschke als revolutionären Wimpel; bald

hißten Hunderte von Barrikaden die rote Fahne;

die Luft wurde erschüttert von den Rufen: Vive le drapeau rouge! Nachdem Arbeiterfäuste den Thron des Bürgerkönigs umgestürzt hatten, war darum bei den Massen die Neigung groß, die Trikolore durch die rote Fahne zu ersetzen, und da die Provisorische Regierung gegen den Antrag von Louis Blanc an Blauweißrot festhielt, ließ Blanqui einen Aufruf anschlagen:

> Das Volk hat die rote Fahne auf den Barrikaden von 48 gehißt. Versuche man nicht, sie zu entehren!
>
> Rot ist sie nur von dem großherzig vergossenen Blut des Volks und der Nationalgarde. Schimmernd weht sie über Paris, sie sollte beibehalten werden.
>
> Das siegreiche Volk wird seine Flagge nicht streichen.

Aber in den „Klassenkämpfen in Frankreich“ legt Karl Marx die objektiven Gründe dar, die es begreiflich machten, „daß das Pariser Proletariat sein Interesse neben dem bürgerlichen durchzusetzen suchte, statt es als das revolutionäre Interesse der Gesellschaft selbst zur Geltung zu bringen, daß es die rote Fahne vor der Trikolore fallen ließ“; Merkmal des Kompromisses zwischen den Klassen, die gemeinsam den Julithron niedergelegt hatten, war die rote Rosette, die, allerdings nicht auf lange, den Schaft der blauweißroten Fahne schmückte.

Dafür wurde fortan die rote Fahne das Wahrzeichen der revolutionären Arbeiterklasse nicht für Frankreich allein: „Behaltet, wenn ihr wollt“, rief Proudhon den Großbürgern zu, „die dreifarbige Fahne, Sinnbild unserer Nationalität, aber denkt daran, daß die rote Fahne das Zeichen einer Revolution ist, die die letzte sein wird.

Die rote Fahne ist die Bundesstandarte des Menschengeschlechtes.“

In diesem Sinne wurde in Deutschland der Barde von Schwarzrotgold, Ferdinand Freiligrath, in eben jenem Jahre ihr erster Sänger, da er begeistert und begeisternd aufjubelte:

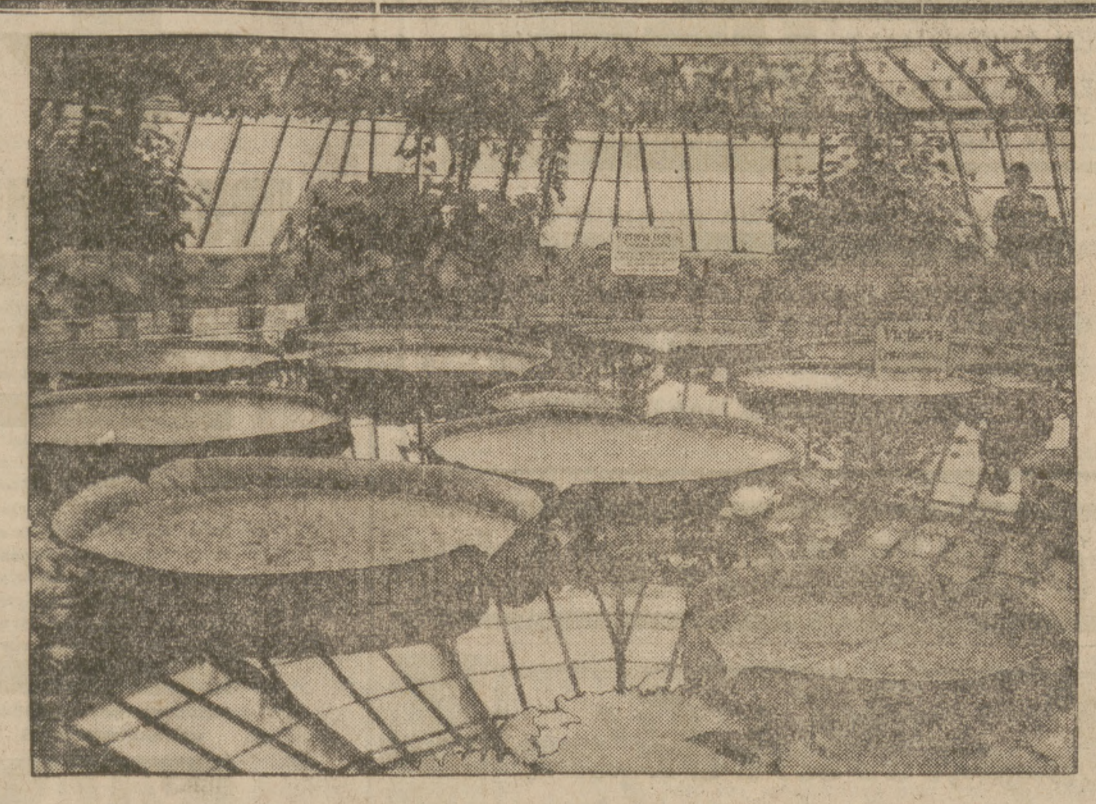
An unsre Brust, an unsre Lippen,
Der Menschheit Farbe, heil'ges Rot!

Hermann Wendel.



Die Heimkehr des Weltmeisters

Der deutsche Weltboxmeister Max Schmeling wurde bei seiner Ankunft in Bremerhaven von seinen Freunden begeistert empfangen.



Ein wunderbares Naturschauspiel

Die Victoria regia im Berliner Botanischen Garten ist aufgeblüht.

Einmal im Jahre bietet sich den Besuchern des Berliner Botanischen Gartens ein wunderbares Schauspiel: Die Victoria regia, die wunderbare südamerikanische Urwaldpflanze mit ihren riesigen Schwimmblättern, blüht für einen Tag.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den Inhalt verantwortlich: Theodor Raiwa, Mała Dąbrówka; für den Inseratenteil: Franz Rohner, wohnhaft in Katowice. Verlag und Druck „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.

Rundfunk

Kattowitz — Welle 408,7

Donnerstag, den 16. Juli.

12,10: Mittagskonzert. 15,25: Vorträge. 17,10: Schallplatten. 17,35: Vortrag. 18: Unterhaltungskonzert. 19: Vorträge. 20,15: Abendkonzert. 22,30: Konzert. 23: Tanzmusik.

Warschau — Welle 1411,8

Donnerstag, den 16. Juli.

12,10: Mittagskonzert. 15,25: Vorträge. 17,15: Schallplatten. 17,35: Vortrag. 18: Solistenkonzert. 19: Vorträge. 20,15: Unterhaltungskonzert. 22: Vortrag. 22,30: Abendkonzert. 23: Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 252. **Breslau Welle 325.**

11,15: Zeit, Wetter, Wasserstand, Presse.
11,35: 1. Schallplattenkonzert und Reklamedienst.
12,35: Wetter.
15,20: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht, Börse, Presse.
12,55: Zeitzeichen.
13,35: Zeit, Wetter, Börse, Presse.
13,50: Zweites Schallplattenkonzert.

Donnerstag, den 16. Juli.

6.30: Funkgymnastik. 6.45—8.30: Frühkonzert auf Schallplatten. 12,35: Wetter; anschließend: Was der Landwirt wissen muß! 15,20: Kinderfunk. 15,45: Das Buch des Tages. 16: Unterhaltungskonzert. 17,30: Zweiter landw. Preisbericht; anschließend: Seefahrt in alter Zeit. 18: Das Wesen der Meere und Gebirge. 18,30: Das wird Sie interessieren! 18,50: Wetter für die Landwirtschaft; anschl.: Kurzoper auf Schallplatten. „Die Favoritin". 19,30: Wetter; anschl.: Stunde der Arbeit. 20: Song und Chanson. 21: Kammerkonzert. 21.30: Unterhaltungskonzert. 22.10: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 22.30: Schlesische Arbeitsgemeinschaft „Wochenende". 22,40: Alte und neue Tanzmusik. 0,30: Funkstille.

Versammlungskalender

D. S. A. P.

„Auf, zur Fahnenenthüllung der Frauenabteilung bei der P. P. S. in Welnowiec am 2. August 1931."

Programm:

11 Uhr: Begrüßung der Ortsvereine, Gäste und Anfang des Konzerts.

13 Uhr: Abholen der neuen Fahne durch sämtliche anwesenden Ortsvereine mit ihren Fahnen bei der Vorsitzenden der Frauenabteilung.

14 Uhr: Fahnenenthüllung durch den Genossen Kawalec, Festansprache und Beschlagung der gestifteten Fahnennägel.

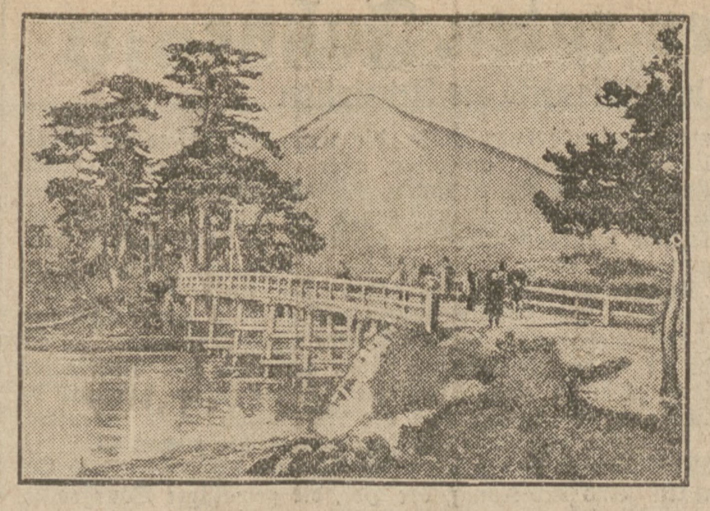
15 Uhr: Festumzug durch Josefsdorf, Welnowiec und Agneshütte.

16 Uhr: Fortsetzung des Konzerts, Preisschießen, Gesang, Turn- und Sportaufführungen, sowie diverse Kinderbelustigungen.

19 Uhr: Tanzvergnügen.

Bei ungünstiger Witterung findet das Fest im Saale statt, der Festumzug wird doch durchgeführt. Welnowiec, liegt 15 Minuten von Katowice Ring, Fußweg die Siemianowitzer Chaussee entlang entfernt.

Wir bitten nochmals sämtliche Ortsgruppen, Sport- und Gesangvereine, sowie alle Frauenabteilungen der D. S. A. P. am 2. August, vormittags 11 Uhr, in Welnowiec recht zahlreich mit ihren roten Bannern bestimmt zu erscheinen und falls regnerisches Wetter sein sollte, dies nicht scheuen.



Japans Heiliger Berg

der Fushijama, soll ein meteorologisches Observatorium bekommen, das in erster Linie den Interessen der Luftfahrt dienen wird.

Emanuelssegen. Am Sonntag, den 26. Juli findet im Fürstlichen Gasthause des Herrn Kukowka eine wichtige Parteiversammlung statt. Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist Pflicht. Ref. Genosse Matzke.

Myslowitz. Am Sonntag, den 19. Juli, vormittags 10 Uhr, findet eine wichtige Vorstandssitzung im Versammlungslokal statt, zu welcher wir die Vorstände des Gesangs-Bergbauindustrieverbandes, Arbeiterwohlfahrt, sowie die Jugendgruppe einladen.

Der Vorstand.

Orzesche. Sonntag, den 19. Juli, nachmittags 3 Uhr, findet bei Grzegorczyk die fällige Mitgliederversammlung der Partei statt. Um zahlreiches Erscheinen auch der Genossen aus den umliegenden Ortschaften wird gebeten. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, sind freundlichst willkommen. Referent Gen. Matzke.

Radzionkau-Rojca. Sonntag, den 19. Juli, nachmitags 4 Uhr, Mitgliederversammlung der Partei. Zahlreiches Erscheinen aller Genossen sehr erwünscht. Lokal wird noch bekanntgegeben. Referent Gen. Raiwa.

Bergbauindustriearbeiterversammlungen

am Sonntag, den 19. Juli 1931.

Zawodzie, vorm. 10 Uhr, bei Posch. Referent zur Stelle.

Giszowiec, vorm. 10 Uhr, im bekannten Lokale. Referent zur Stelle.

Gostyn, nachm. 1½ Uhr, in Zawisc, bei Spendel. Referent zur Stelle.

Nowa Wies, vorm. 9½ Uhr, bei Goretzki. Referent zur Stelle.

Wielkie Piekary, vorm. 9½ Uhr, im bekannten Lokale. Referent zur Stelle.

Maschinisten und Heizer.

Königshütte. Am Donnerstag, den 16. Juli, nachm. 5 Uhr, findet im Volkshaus die fällige Mitgliederversammlung statt.

Monatsplan der D. S. J. P. und D. M. V. Jugend Katowice II für Monat Juli.

15., Mittwoch, Humoristischer Abend, Leiter: Leo Mitrenga.
17., Freitag, Volkstanz, Leiter: Heinrich Gregor.
22., Mittwoch, Singabend, Leiter: Leo Albrecht.
28., Dienstag, Vorstandssitzung.
29., Mittwoch, Volkstanz, Leiter: Heinrich Gregor.
31., Freitag, Unterhaltungsabend.
5. 8., Mittwoch, Monatsversammlung.

Sämmtliche Abende finden im Kasino (Latus) statt. Anfang der Abende 7½ Uhr.

Wochenprogramm der D. S. J. P. Königshütte.

Mittwoch, den 15. Juli: Mädchenabend.
Donnerstag, den 16. Juli: Spiel im Freien, Rote Falken, Sprechchorprobe.
Freitag, den 17. Juli: Volkstanzabend.
Sonnabend, den 18. Juli: Rote Falken.
Sonntag, den 19. Juli: Fahrt an die Przemsa.

Freie Sänger.

Gemischter Chor Freie Sänger Katowice. Unsere Uebungsstunden finden in der Zeit von 15. Juli bis 1. September unter Leitung von Genossen Erich Groll im Saale des Zentralhotels statt. Anfang 7½ Uhr abends.

Siemianowitz. Zu dem Rollwagenausflug nach Czulow, sind die Meldungen am Mittwoch in der Probe zu tätigen mit gleichzeitiger Anzahlung von 1 Zloty.

Emanuelssegen. (Arbeitergesangverein „Uthmann".) Die angesagte Versammlung am Sonntag, den 19. Juli in der Privatschule fällt aus und wir beteiligen uns mit den Siemianowitzer Sängern an dem Ausflug nach Czulow, Badeanzug und Essen für den ganzen Tag ist mitzunehmen. Daselbst Wanderversammlung. Abmarsch um 7½ Uhr vom alten Spritzenhaus. (Sitownia.)

Touristenverein „Die Naturfreunde".

Bezirkskonferenz.

Am Freitag, den 17. Juli, nachm. 6 Uhr, findet im Volkshaus Königshütte eine Bezirkskonferenz statt. Hierzu sind sowohl die Ortsgruppenleiter als auch die Sektionsführer eingeladen. Um pünktliches Erscheinen ersucht die Bezirksleitung.

Freie Radfahrer Königshütte!

Programm für Ausfahrten im Monat Juli. Die seinen Radler veranstalten am Sonntag, den 19. Juli gemeinschaftlich mit den Angehörigen einen Ausflug mit Rollwagen und Rädern nach der Teufelsmühle. Interessente mit und ohne Rädern, können sich anschließen. Der Preis für den Rollwagen beträgt 1,50 Zloty pro Person. Die Teilnehmerkarten sind beim Genossen Ciupke, ulica 3-go Maja 5, zu haben und sind bis spätestens Freitag, den 17. Juli abzuholen. Sammelpunkt Volkshaus. Abfahrt 6 Uhr früh. Sonntag, den 26. Juli, Fahrt nach Ober-Wilcza. Abfahrt 5 Uhr, früh vom Volkshaus.

Wanderprogramm T. V. „Die Naturfreunde", Krol. Huta

19. Juli 1931. Lawek, Abfahrt erfolgt um 4,33 Uhr vom Bahnhof Krol. Huta bis Katowice.

26. Juli 1931. Trockenberg (Sucha Gora). Abmarsch früh 5 Uhr vom Volkshaus. Führer Fr. Janikulla.

2. August 1931. Josefstal. Abmarsch früh 5 Uhr vom Volkshaus. Führer Fr. Olesch.

Zalenze. Am Donnerstag, den 16. d. Mts., findet um 5 Uhr nachmittags im Golczykschen Lokale eine öffentliche Versammlung der D. S. A. P. und P. P. S. statt. Der Wichtigkeit und dem Ernst der Zeit entsprechend wird um zahlreichen Besuch, besonders der Arbeitslosen gerechnet.

Königshütte. (Verein für Aquarien- und Terrarienkunde „Ludwigia".) Am Sonntag, den 19. Juli, nachmittags 6 Uhr, findet im Volkshaus, Vereinszimmer, die fällige Monatsversammlung statt. Gäste willkommen.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Kattowitz. (Fotosektion, T. V. N., Katowice, Zentralhotel.) Mittwoch, den 15. Juli, abends 7½ Uhr, fototechnischer Abend: Herstellung direkter Positivbilder auf Bromsilberpapieren. Laborationsversuch der „The British Journal of Photograph".


Danksagung

Für die vielen Beweise wohltuender Teilnahme, die uns anlässlich des so unerwarteten Hinscheidens unserer geliebten Mutter, Grossmutter und Tante, Frau

Agnes Macher

zugekommen sind sowie für die Kranzspenden und die zahlreiche Beteiligung am Leichenbegängnisse sprechen wir auf diesem Wege Allen den herzlichsten Dank aus. Insbesondere danken wir der Arbeiterschaft der Fa. Drucker für die schöne Kranzspende.

Die trauernden Hinterbliebenen.





